

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1931

116 (21.5.1931)

Volkstreu

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE KARLSRUHEBADENS

Anzeigenpreise Die 10gepaltene Millimeterzeile kostet 12 Pfennig, Gelegenheitsanzeigen und Stellenangebote 8 Pfennig. Die Resten-Millimeterzeile 60 Pfennig. Bei Wiederholung Rabatt nach Tarif, bei halbjährlicher und bei vierteljährlicher Werbung und bei Anzeigen außer Reich tritt ein Ermäßigungssatz von 10 Prozent an. Bei Anzeigen außer Reich tritt ein Ermäßigungssatz von 10 Prozent an. Bei Anzeigen außer Reich tritt ein Ermäßigungssatz von 10 Prozent an.

Untere wöchentlichen Beilagen: Heimat und Wander, Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungvolk, Die Rufstunde / Sport und Spiel / Die Welt der

50 Jahre Preis monatlich 2,50 Mark o. ohne Zulassung 2,20 Mark o. durch die Post 2,00 Mark o. Einzelposten 10 Pfennig o. Erscheint 6mal wöchentlich vom Montag 11 Uhr o. Postbestellnummer 2030 Karlsruhe o. Geschäftsstelle und Redaktion: Karlsruhe I, D., Marktstraße 28 o. Serravallo 7020 und 7021 o. Postfach-Nummern: Dursach, Hauptstraße 9; D.-Doben, Jagdstraße 12; Kappel, Zosenstraße 2; Offenburg, Republikstraße 5

Nummer 116

Karlsruhe, Donnerstag, den 21. Mai 1931

51. Jahrgang

Hitlers Putschtruppen Die Prätorianergarde der Reaktion

Unter dem Motto „Treue zum Führer“ hat Hitler zur Förderung und Sicherung der unumkehrten Herrschaft innerhalb der Partei eine sogenannte „Reichsführerschule“ eingerichtet, die am 7. Juni mit dem ersten Lehrgang eröffnet werden soll. Ihr Sitz ist das Dreifaltigkeitspalais neben dem braunen Palast, das Hitler vor Kurzem um eine halbe Million von der Witwe eines Papierfabrikanten erworben hat. Für den beabsichtigten Schulzweck muß das dreistöckige, in einem Garten gelegene Gebäude umgebaut werden. Bis es soweit ist, wird die Schule provisorisch in einem anderen Grundstück in München eingerichtet.

Neben dem Sinn und Zweck der Schule hat Hitler selbst eine Denkschrift verfaßt, in der es heißt, daß die Nationalsozialisten sich einen ausgebildeten Stamm von unteren und oberen Führern sichern müssen, der die unerschütterliche Einheit der Partei garantiert. An jeden Lehrgang, der sich vom ersten bis zum vierten Sonntag eines jeden Monats erstreckt, nehmen zunächst zwei Trupps von je 30 Leuten teil. Als Höchststärke sind für spätere Stürme von 150 Mann vorgesehen. Als Schüler kommen nur Leute in Frage, die heute schon höhere Führer sind, oder in führenden Stellungen sind, oder bei bestimmten Gelegenheiten Führereigenschaften gezeigt haben. Die Auswahl treffen die örtlichen Parteiorganisationen, die auch für die Kosten aufkommen haben. An der Spitze der Lehrkräfte steht Hitler selbst, der sich vorbehalten hat, unter Heranziehung von selbstausgewählten Mitarbeitern den Kursteilnehmern die weltanschaulich-geistige Schulung beizubringen. Dadurch soll den Schülern, die späterhin zu hervorragenden Führern aufsteigen, die Auszeichnung zuteil werden, „vor allem unseren Führern näher zu kommen.“

Hitler will damit offenbar erreichen, diese Leute zu einem be-

sonderen Treueverhältnis zu seiner Person zu verpflichten, um Meutereien à la Stennes vorzubeugen. Der andere Teil des Lehrkörpers besteht im wesentlichen aus ehemaligen Offizieren, die die praktische (mechanisch-vorbereitende) Schulung der Kursteilnehmer durchzuführen haben. Diese Schulung besteht in der Pflege der soldatischen Eigenschaften als Grundlage zum Führer, in der Lehre der SA-Aufgaben, im formalen Dienst (Anzeig, Auftreten vor der Front, Meldung und Befehlsgehörigkeit) und schließlich in der körperlichen Ausbildung nach den Gesichtspunkten des Wehrsportes.

Als Endzweck der Reichsführerschule wird bezeichnet: Sie stellt die enge Verbindung zwischen unserem Führer und der kämpfenden Front dar und will das Rückat der Bewegung, das Führerforts in unerschütterlicher Treue zum Führer erleben.“ Als Führer der Schule zeichnet gegenwärtig ein bis heute in der Öffentlichkeit nicht hervorretretener Mann namens Kühme. Außerdem hat Hitler seine zentralistische Organisation durch die Schaffung eines Personalamtes ausgebaut und zu dessen Chef den Reichstagsabgeordneten und Hauptmann a. D. Löper ernannt. Seine erste Bekanntmachung hat folgenden Wortlaut: „Alle SA-Führer bis zum Sturmführer einschließlich, desgleichen auch Leiter und stellvertretende Gauleiter werden hinfür nur noch durch den Führer der Bewegung auf Vorschlag des Personalamtes ernannt und können daher auch nur durch diesen wieder abberufen werden. Soweit solche Ernennungen jedoch nicht bislang in obiger Weise erfolgt sind, haben sich die Inhaber solcher Stellen nur als vorläufig Beauftragte zu betrachten. Die Ernennung der SA-Führer wird laufend im SA-Berichtsblatt bekannt gegeben. Außerdem wird jedem vom Führer ernannten SA-Führer ein Patent seiner Dienststellung ausgereicht.“

„Überall hört man den Schrei: Wie lange noch?“

G. Sch. Der englische Außenminister Henderson war es, der vorgestern dem in Genf tagenden sogenannten Europaausschuß die in der Ueberschrift enthaltene Frage und Anklage vorlegte. In der Tat: Wie lange noch? Das gilt aber auch für den Völkerverbund und für seine Ausschüsse. In mehr oder minder guten und schönen Reden fehlt es niemals, wenn die Herren Vertreter der europäischen Staaten in Genf verammelt sind und wenn auf den Völkerverbund zuträfe, was Schiller im „Lied von der Glocke“ sagt, daß die Arbeit um so munterer fortgeschritten, wenn gute Reden sie begleiten, könnte zum Wohle der bedrängten europäischen Völker bereits sehr Erfriehliches geleistet sein. In Wahrheit dagegen kommt man kaum vom Fleck, weder in den lebenswichtigen Fragen der Befriedung Europas, der Abrüstung, noch der wirtschaftlichen Fragen, die nachgerade ankamen, eine neue europäische Katastrophe vorzubereiten.

Es scheint auch uns durchaus richtig zu sein, daß auf wirtschaftlichem Gebiete es mit Teilösungen oder mit regionalen in Europa nicht allein getan ist, daß vielmehr, unbeschadet der naturgemäß sehr verschiedenen wirtschaftlichen Verhältnisse in den einzelnen Ländern, eine wirklich umfassende und durchgreifende europäische Lösung angetrebt und bald gefunden werden muß, soll nicht der Bolschewismus Fortschritte machen, die aufzuhalten vielleicht nicht mehr gelinzt, wenn nicht vorher an die Stelle dauernder Reden, Entwürfe, Programme, Tischen und Ausschlußformulierungen Taten treten. Wie im modernen Kriege die Heere sich eintraben und immer technisch vollkommener verschlangen, so richten, nach Hendersons eigenen Worten in Genf, die europäischen Völker immer höhere Zollmauern auf, die den wirtschaftlichen Kreislauf bis zur tödlichen Störung hemmen. Die Gläubigermächte lehnen die Besahlung der aus dem verlorenen Kriege für die Schuldnermächte erstandenen materiellen Verpflichtungen in Waren in immer stärkerem Maße ab; sie verlangen Besahlung in Geld, was zum finanziellen Ruin der Schuldner führen muß. Die Arbeitslosigkeit wächst rapid, in den Bankrotstufen der Gläubigermächte streuen sich aber die ungeheuren Geldmittel beinahe der gesamten Welt. Von einem Nachschub der auferlegten Verpflichtungen will keine der Gläubigermächte etwas wissen. Das muß, so oder so, zu einer Situation treiben, die in ihrer Endwirkung nicht nur zu den folgenschwersten internationalen Konflikten, sondern auch in den einzelnen Ländern zu inneren Umwälzungen von heute unübersehbaren Ausmaßen führt. Wie lange soll ein solch furchtbares Spiel in Europa getrieben werden? Wie lange noch wird der Schrei der Völker erschallen, ohne daß zur wirklichen Abhilfe geschritten wird? Wie lange promentieren, reden, resolutionieren und intrigieren die Vertreter der Völker in Genf gegeneinander, ebenso die Regierungen und die Parlamente? Wie lange noch? Bis zur nächsten europäischen Katastrophe, die Europa nicht nur zu einem vollendeten Armenhaus gestalten würde, sondern auch zu einem gewaltigen Friedhof!

Es steigen die Erinnerungen an den Beitritt der maßgebenden europäischen Völker im letzten Jahrzehnt vor Ausbruch des Weltkrieges. Alle Warnungen und Mahnungen gerade der Sozialisten aller Länder verhallen nutzlos — sowohl bei den gekrönten Machthabern, wie bei den Regierungen und bei den Parlamenten, aber auch bei den Massen der europäischen Völker selbst; bei uns in Deutschland nicht minder sträflich wie in anderen Ländern. Die Größe der Katastrophe des vierteilerteljährigen europäischen Wahnsinns zwischen 1914—18 hat auch der vorher stärkste Besinnung nicht vorausgesehen; die Größe einer noch massigen Katastrophe übersteigt wohl jede menschliche Einbildungskraft.

Wie lange noch glaubt man, um nun vornehmlich von deutschen Fragen zu sprechen, das Kabinett Brüning eine Agrar- und Zollpolitik treiben zu können, die immer wieder die berühmte Ankerbestellung der Wirtschaft unmöglich macht, die die Lebensmittelpreise in die Höhe treibt, die die Opfer der kapitalistischen Wirtschaft immer stärker der Not ausliefert? Wie lange noch und in welcher weiterer Ausdehnung glaubt das Kabinett Brüning und glauben die Kräfte, die es so unheimlich auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiete entscheidend beeinflussen, können weitere und stets schwerere Zumutungen und Opfer den Volksmassen gestellt werden, ohne daß gleichzeitig auch nur auf einem Gebiete Taten treibend einer Aufbaurarbeit und der Planmäßigkeit zu leben, geschweige denn zu spüren sind?

Das Defizit im Haushalt des Reiches, der Länder und der Gemeinden schwillt unheimlich an; Herrn Dietrichs Bertröstungen und Wirtschaftsberechnungen sind kaum noch zureichend. Neue Rotverordnungen werden anfangs Juni kommen. Schon wird in bürgerlichen Organen angedeutet, daß sie ungemein Schweres bringen werden, besonders mit der Art und Weise, in der Ersparnisse auf dem Wege der Rotverordnungen erzielt werden sollen. Das deutsche Unternehmertum drückt in verbissenem Fanatismus darauf, die soziale Hilfe und alle Leistungen aus stärkster Herabsetzung, insbesonders auf dem Gebiete der Arbeitslosenversicherung, dabei wird versucht, der Regierung die Durchführung eines besonders sauberen Planchens einzureden: die Reichsanstalt soll in völliger Unabhängigkeit über das Maß der Leistungen entscheiden. Dem Vorstand der Reichsanstalt will man das Recht in die Hand geben, von sich aus die Unterstützungsätze je nach der Finanzlage der Anstalt festzusetzen? Eine Eisenhartkur? Vom Standpunkt der Finanzen aus fürchterlich einfach, vom wesentlichen Standpunkt aus fürchterlich grausam. Will man wirklich einfach das Schicksal der Arbeitslosen davon abhängig machen, ob durch die Beiträge genügend Geld einkommt? Und wenn nicht genügend Geld einkommt? Dann — meinen die „Reformer“ — müssen die Arbeitslosen eben sehen, wo sie bleiben. Zweifellos rechnet man bei der Regierung damit, daß infolge des

Fall Bullerjahn wird aufgerollt

Entscheidender Schritt zum Fall Bullerjahn

Reichsgericht erklärt Antrag auf Wiederaufnahme zulässig

Wie der Reichsgerichtsdienst des WTB. an zuständiger Stelle erfährt, ist dem Verteidiger Dr. Rosenfeld, des Lagerverwalters Bullerjahn ein Beschluß des Bierien Strafenats des Reichsgerichts zugestellt worden, der einen entscheidenden Schritt in dem seit lange betriebenen Wiederaufnahmeverfahren darstellt.

Der Beschluß besagt im wesentlichen, daß der Antrag auf Wiederaufnahme des durch rechtskräftiges Urteil des Bierien Strafenats des Reichsgerichts an sich zulässig sei. Der Generaldirektor Paul v. Sontard (Berlin) soll, soweit zulässig, eidlich als Zeuge vernommen werden. Die Beschlußfassung über die Anordnung der Erhebung weiterer Beweise bleibt vorbehalten. Dem Antrage auf Aussetzung der Strafvollstreckung an Bullerjahn wird nicht stattgegeben, weil dazu zur Zeit kein Anlaß vorliegt.

Dieser Beschluß hat, wie ausdrücklich dabei betont wird, zunächst nur rein formelle Bedeutung; es stehe zur Zeit noch keineswegs endgültig fest, ob das Wiederaufnahmeverfahren durchgeführt wird; hierüber werde der erntende Bierie Strafenat erst nach der Beweiserhebung sich

schlüssig werden. Doch ist jetzt endlich ein entscheidender Schritt gelungen. Nun heißt es weiter arbeiten im Dienste gerechter Gerechtigkeit.

Wenn es sich hiernach in Falle Bullerjahn auch zunächst nur um ein Vorverfahren zur Erreichung der Wiederaufnahme handelt, so ist dies doch von besonderer Bedeutung, weil schon dieses Vorverfahren — wenigstens zum Teil — den wesentlichen Mängeln gilt, an dem das Urteil des Reichsgerichts in Sachen Bullerjahn vom Jahre 1925 gekrankt hat. Man mag zur Schuldfrage an sich stehen, wie man will. Auf jeden Fall war es ein unerträgliches Zustand, daß Bullerjahn auf das indirekte — nämlich durch Mittelsmänner vorgetragene Zeugnis eines „Unbekannten Gewährsmannes“ hin — zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt worden ist.

Später hat sich herausgestellt, daß der anonyme, in der Hauptverhandlung nicht genannte Zeuge der nunmehr viel genannte Herr v. Sontard gewesen ist. Seine Vernehmung, wahrscheinlich unter Eid, wird jetzt erfolgen.

Der Gesandheitszustand Bullerjahn, der seine Strafe jetzt im sechsten Jahre verbüßt, soll außerordentlich leicht und seine Haftfähigkeit in Frage gestellt sein. Die Nichtunterbrechung der Strafvollstreckung, zumal fast die Hälfte der Strafe schon verbüßt ist, eine erhebliche Härte.

Professor Wegener tot aufgefunden

Berlin, 20. Mai. Der Forscher der deutschen Grönlandexpedition, Professor Alfred Wegener, dessen letzte Spuren 150 Kilometer von der See Station Eismitte kürzlich von der nach dem Forscher suchenden Hilfsexpedition festgestellt wurden, ist nunmehr tot aufgefunden worden. Die Leiche war von Eisblocken beborgen worden, sie hatten ihr eine vielstündige Behandlung zuteil werden lassen. Man fand den deutschen Forscher vollständig in der Stelle eingewickelt. Allem Anschein nach ist Wegener nicht ertrunken, sondern er hat einen schmerzlosen Tod, wahrscheinlich durch Herzschlag, gefunden. Seine Aufzeichnungen wurden bei der Leiche nicht gefunden. Man vermutet, daß sein Grönland Begleiter diese Aufzeichnungen mitgenommen hat. Die Nachforschungen nach dem Verbleib des Grönlanders Rasmus und nach Wegeners Tagebüchern werden zur Zeit noch fortgesetzt.

Liquidierung der württembergischen Landestheater?

Stuttgart, 20. Mai. (Eig. Meldung.) Die Abstimmung über den Etat der württembergischen Landestheater im Plenum des Landtags brachte eine Ueberraschung. Im letzten Augenblick, kurz vor Beendigung der Aussprache wurde vom Bauernbund, den Deutschnationalen und einem Zentrumsgesandten der Antrag gestellt, dem Landestheater baldmöglichst den Plan eines allmählichen Abbaus der Ausgaben für die Landestheater vorzulegen.“

Die Fassung des Antrags, der erst nach dem Abschluß der Aussprache an die Abgeordneten zur Ausgabe gelangte, sodas eine Erörterung seiner Tragweite nicht mehr möglich war, läßt keinen Zweifel darüber, daß es sich nicht um eine der üblichen Sparmaßnahmen handelt, wie sie schon oft gefaßt worden sind, sondern daß die Antragsteller tatsächlich die Absicht eines Abbaus der staatlichen Ausgaben für die Landestheater, mit anderen Worten ihrer Liquidierung als Staatsanstalten damit verfolgten. Neuerungen in dieser Richtung sind aus den Kreisen der Antragsteller, die der Kunst im allgemeinen, und vornehmlich der Bühnenkunst ablehnend oder mindestens gleichgültig gegenüberstehen, schon mehrfach zutage getreten.

Durch dieses Abstimmungsergebnis ist für den ganzen gesellschaftlichen und künstlerischen Betriebe der württembergischen Landestheater ein Zustand der Unruhe herbeigeführt worden, wie er auf die Dauer nicht ertragen werden kann. Bei der dritten Lesung des Etats wird daher eine Klärung darüber herbeigeführt werden müssen, was die Regierungsparteien mit den Landestheatern eigentlich vorhaben und ob sie als Staatsanstalten tatsächlich liquidiert werden sollen.

Das sittenreine Prag

Prag, 20. Mai (Eig. Draht). Der Landespräsident von Böhmen Kubat, verfügte, daß in Weckenhäuschen keine unverschämten Paraden sein dürfen. Tatsächlich nahmen Genossen bereits an vielen Orten Unterhaltungen in diesen Häusern vor, und wo sie einen jungen Mann und ein Mädchen antrafen, verlangten sie von ihnen Trauschein oder wenigstens Ehrengeld. Wer sie nicht hatte, wurde verhaftet. Der Erlaß wurde wohl am Montag wegen heftigen Protestes der Öffentlichkeit etwas gemildert, blieb aber weiter in Kraft. Am Dienstag abend fand in einem Prager Brauhausgarten eine öffentliche Versammlung gegen diesen Erlaß statt, an dem 12 000 Personen teilnahmen. Die Verammlung, der sich die Kommunisten bemächtigt und großen Alarm schlug, wurde von dem Polizeikommissar aufgelöst. Es kam dann zu großen Kämpfen mit der Polizei, die die Menge mit Gummikugeln auseinandertrieb. 20 Personen wurden verhaftet. Die Demonstrationen in den Straßen Prags dauerten bis in die Nachtstunden.

Lohnabbaues, infolge der Kurzarbeit und infolge der schwachen Aussichten auf eine Besserung der Arbeitsmarktlage die Einnahme der Reichsanstalt hinter den Voranschlägen und bisherigen Erwartungen zurückbleibt. Die Sicherung der Existenz der Arbeitslosen, d. h. die Regelung der Unterhaltungsfrage ist nicht Sache der Reichsanstalt, sondern Sache der Gesetzgebung. Die Reichsanstalt ist kein Gesetzgeber. Sie hat nur Verwaltungsaufgaben im Rahmen der Gesetzgebung zu erledigen, sonst nichts. Nicht die Reichsanstalt hat über das Schicksal der Arbeitslosen zu befinden, sondern die Volksvertretung, d. h. Reichstag und Reichsregierung. Wir warnen aufs dringlichste vor solchen Plänen. Ihre Verwirklichung könnte binnen wenigen Wochen eine folgenschwere innerpolitische Situation schaffen, die die Sozialdemokratie im Gesamtinteresse des deutschen Volkes vermeiden sehen möchte. Wir haben durchaus Verständnis für die großen Schwierigkeiten, vor die das Kabinett Brüning wie jede Regierung sich gegenwärtig und in der nächsten Zeit gestellt sieht, aber die Wege, die das Kabinett Brüning in der letzten Zeit gewandelt ist, führen, so fürchten wir, in die Irre. Noch erschallt „nur“ der Schrei: Wie lange noch? Er könnte durch einen Schrei abgelöst werden, der nicht mehr fragend ist.

Der Arbeitsmarkt in Südwestdeutschland

Ueber die Entwicklung des Arbeitsmarktes in Südwestdeutschland in der Zeit vom 1. bis 15. Mai 1931 wird vom Landesarbeitsamt Stuttgart mitgeteilt:

In der ersten Hälfte des Mai hat die **Aufnahmefähigkeit** des südwestdeutschen Arbeitsmarktes merklich nachgelassen. Immerhin ist die bei den Arbeitsämtern registrierte Arbeitsuchendenzahl um rund 10 000 Personen auf 242 000 zurückgegangen. Die Beschäftigung der Außenberufe war durch den Wettersturz in der ersten Maiwoche und durch das Hochwasser beeinträchtigt, so daß das Baugewerbe, in dem eine Abnahme um 2300 Arbeitslose zu verzeichnen war, nicht mehr wie bisher den größten Anteil an der Entlastung des Arbeitsmarktes hatte. Infolge der anhaltenden Besserung der Lage in der **Tabakindustrie** kam die Entlastung in der Berichtszeit hauptsächlich dem Nahrungs- und Genussmittelgewerbe zugute, das 3871, in der Hauptfache weibliche Kräfte wieder in Beschäftigung nehmen konnte. Zunehmende Arbeitslosenzahlen von nennenswertem Ausmaß zeigten, wie in der ersten Monatshälfte in der Regel, nur die Berufsgruppe „**Häusliche Dienste**“ und die **Angeheilktenberufe**.

Die finanzielle Belastung der Arbeitslosenversicherung hat in der ersten Maihälfte in Südwestdeutschland eine Abnahme um 9878 Hauptunterstützungsempfänger erfahren, während die Inanspruchnahme der **Ariensfürsorge** nochmals eine Zunahme der Unterhaltungsanzahl um 992 Personen zeigte. Der Stand an unterstützten Arbeitslosen war nach der Statistik der Arbeitsämter am 15. Mai 1931 folgender:

In der versicherungsmäßigen Arbeitslosenunterstützung 101 740 Personen (80 197 Männer, 21 543 Frauen), in der Ariensunterstützung 41 505 Personen (36 806 Männer und 4699 Frauen). Die Gesamtzahl der Unterstützten fiel um 8886 Personen oder um 5,8 v. H. von 152 131 Personen (122 482 Männer, 29 649 Frauen) auf 143 245 Personen (117 003 Männer, 26 242 Frauen); davon kamen auf Württemberg 60 186 gegen 63 019 und auf Baden 83 079 gegen 89 112 am 15. Mai 1931.

Im Gesamtbezirk des Landesarbeitsamtes Südwestdeutschland kamen am 15. Mai 1931 auf 1000 Einwohner 28,5 Hauptunterstützungsempfänger gegen 17,3 zur gleichen Zeit des Vorjahres. Außer diesen Unterstützten in der Arbeitslosenversicherung und in der Ariensfürsorge wurden noch über 28 000 **Wohlfahrtserwerbslose** unterstützt.

Erfolg der Brotpreisaktion

Aus dem Reich liegt die erste Meldung über eine **Brotpreislenkung** vor und zwar hat sich die Wälderinnung in Oesterde (Ostpreußen) bereit erklärt, den Preis für ein Pfund Roggenbrot um 17,2% auf 16,3 Pfennig zu senken. Damit steigt der Preis in Oesterde unter den gesunkenen Berliner Preisen. Die Aktion wurde auf Druck des dortigen Regierungspräsidenten durchgeführt. Sie zeigt, daß man den Brotpreis senken kann. Hoffentlich lernt man im Reichsernährungsministerium aus dem Fall Oesterde.

Hochverratsprozess gegen kommunistischen Abgeordneten

Leipzig, 21. Mai. (Funkdienst.) Der 4. Strafsenat des Reichsgerichts verhandelte am Mittwoch gegen den kommunistischen Reichstagsabgeordneten **Kemmel** wegen Vorbereitung zum Hochverrat und Unterstützung einer staatsfeindlichen Verbindung. Die Anklage erstreckt sich insgesamt auf 25 Fälle, in denen Kemmel in der Zeit vom Januar 1929 bis August 1930 in Wort und Schrift die Massen ideologisch beeinflusst haben soll, planmäßig die Vorbereitung des bewaffneten Aufstandes zu betreiben und zu diesem Zwecke eine intensive Betätigungsfähigkeit besonders gegenüber der Wehrmacht des Staates zu entfalten.

Der Reichsanwalt beantragte, den Angeklagten wegen Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens und wegen Unterstützung einer staatsfeindlichen Verbindung zu 2 Jahren und 9 Monaten Festungshaft zu verurteilen. Die Urteilsverkündung wird am Donnerstag mittag erfolgen.

Blutige Arbeitskämpfe im polnischen Kohlenrevier

Warschau, 20. Mai. (Eig. Draht.) Der Konflikt im Kohlenbergbau des Warschauer und Dombrowaer Gebiets hat durch die Hehe der Kommunisten zu Unruhen geführt. In der Ortschaft **Jamarnio** des Krakauer Reviers versuchten am Dienstag abend streikende Bergleute in Stärke von etwa 1000 Mann, die von kommunistischen **Wartoren** angeleitet waren, die **Grube Pilsudski** zu besetzen. Sie stießen dabei auf den Widerstand der Polizei. Es entspann sich ein Kampf, in dessen Verlauf vier Bergleute getötet wurden. **Acht** Bergleute und zwei Polizisten wurden zum Teil sehr schwer verwundet. Im Laufe des Abends kam es dann nochmals zu Zusammenstößen zwischen Demonstranten und der Polizei, die jedoch ohne Blutvergießen verliefen.

Preussischer Staatsrat stimmt ewangelischem Kirchenvertrag zu
Der Preussische Staatsrat stimmte nach längerer Debatte dem Staatsvertrag mit den ewangelischen Kirchen zu. Der Vertrag wurde angenommen gegen die Stimmen der Kommunisten und eines Teiles der in der Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossenen Reichsparteien.

Schwere Strafen für Klosterfürmer in Spanien

Madrid, 20. Mai. Das Kriegsgericht hat drei Personen, die sich an der Inbrandsetzung von Klöstern beteiligten, abgeurteilt. Einer wurde zu lebenslänglicher Zwangsarbeit, die beiden anderen zu 20 bzw. 12 Jahren Gefängnis verurteilt.

Vorbereitung zur Abrüstungskonferenz

Anträge auf Offenlegung der Rüstungen

Genf als Konferenzort bestimmt

Genf, 20. Mai. Der **Völkerbund** hat sich heute vormittag mit dem deutschen Antrag und dem englischen Vorschlag über die Offenlegung des Rüstungsstandes als Vorbereitung zur allgemeinen Abrüstungskonferenz beschäftigt. Ferner hat der Völkerbundsrat in einer nichtöffentlichen Sitzung heute mittag beschlossen, daß die Abrüstungskonferenz in Genf stattfinden wird.

In der öffentlichen Sitzung begründete **Sonderon-England** den englischen Antrag für die Offenlegung des Rüstungsstandes und machte sich dabei die Vorschläge der kürzlich abgehaltenen Konferenz der Subaetiaachverständigen zu eigen.

Curtius-Deutschland

begründete den deutschen Antrag auf Offenlegung der Rüstungen, indem er u. a. erklärte: Die Konferenz muß, einerseits, wie sie sich bei ihren Beratungen zu dem kritischen Abkommensentwurf stellt, jedenfalls bei ihrem Zulammentritt ein völlig umfassendes und genaues Bild des vorhandenen Rüstungsstandes haben. Ich kann es mir nicht vorstellen, wie sie sich ein sachgemäßes Urteil über die notwendige Verabreichung des Kriegsmaterials der einzelnen Staaten bilden kann, wenn sie über die vorhandenen Bestände, sei es die im Dienst befindlichen, sei es die lagernden, keine Angaben besitzt, ebensowenig wie ich glaube, daß die Wehrkraft, die in den Mannschafsbefehlen der einzelnen Armeen verflochten ist, sachgemäß geschätzt werden kann, ohne Berücksichtigung der ausgebildeten Reserven.

Verband-Frankreich wies auf die Schwierigkeiten hin, die überwunden werden müßten, damit im vorbereitenden Ausschuss eine Einigung zustande kam. Manche Punkte in den deutschen Vorschlägen ständen im Widerspruch zu den arabischen Fragen, die im vorbereitenden Ausschuss gelöst worden seien, so daß die französische Regierung zu ihrem Bedauern diese Vorschläge nicht annehmen könne. Die deutsche Regierung habe ständig und mit Recht gegen die Langsamkeit der vorbereitenden Arbeiten für die Abrüstungskonferenz protestiert. Endlich sei man damit fertig geworden und deshalb dürfe jetzt nichts unternommen werden, was neue Schwierigkeiten und neue Verwicklungen schaffen müßte.

Der italienische Außenminister **Grandi** erkannte die Vorsätze der deutschen Vorschläge an, brachte den deutschen Anhängern des Zusammengehens mit Italien jedoch eine neue bittere Enttäuschung. Mit einigen beschönigenden Worten ließ Herr Grandi Deutschlands Antrag auf vollständige Rüstungsangaben für die Abrüstungskonferenz fallen und sprach sich mit England, Frankreich, Polen und Japan gegen Deutschland aus, so daß sich Curtius mit seinem Antrag völlig isoliert fand.

Auf Antrag des Berichterstatters **Verroux** wurde die Entscheidung auf Freitag vertagt.

Der Rest der Sitzung war von Berichten über Hygiene, Frauen- und Kinderschutz, sowie statistischen Fragen ausgefüllt.

Kritische Stimmen zu Genf

In Bestätigung der gestrigen Feststellungen unseres Genfer Berichterstatters meldet der **W. v. D.-Sonderkorrespondent** der Frankfurter Zeitung aus Genf: „In deutschen Kreisen gibt man sich dem optimistischen Eindruck hin, daß die Debatte in der Europa-Kommission bisher glänzend verlaufen sei, indem viel Kritik an dem französischen Europaantrag geäußert worden sei, ja Frankreich sich geradezu in Isolierung befinde. Die Unterzeichnung der Abrüstungskonferenz werde durch diese Debatte der Europa-Kommission ausgesetzt.“

London, 21. Mai. (Funkdienst.) Der **Daily Herald**, das Organ der Labour Party, also der Regierungspartei, bringt im Anschluß an die Genfer Entscheidung seine Mißbilligung gegen Frankreich deutlich zum Ausdruck. Es betont, Frankreich habe nun bis zum Herbst Zeit, darüber nachzudenken, das es mit der Würde der Republik unvereinbar sei, auf jede politische Aktivität Deutschlands mit einem Nervensufammenbruch zu reagieren. Andererseits müßten Deutschland und Oesterreich bedenken, ob ihre Vorschläge nicht zum Kernpunkt eines umfassenderen Reorganisationsplanes für Europa gemacht werden könnten.

Internationale Agrarkreditanstalt

Genf, 20. Mai. (Eig. Draht.) „Das erste Kind der Europa-Kommission“, wie **Motta** (Schweiz) die Denkschrift der internationalen agrarischen Kreditanstalt nannte, ist in der Mittwochsitzung aus der Taufe gehoben worden. Der Entwurf der Beratungen wurde einstimmig angenommen, ebenso die Resolution zur Durchführung aller Arbeiten. Das Institut tritt in Kraft nach Ausbringung der 10 Millionen Dollars Kapital und Reserve. Die Unterzeichnungsdauer für die Länder läuft bis 30. September. Sie der Bank wird Genf, nachdem Paris seine Kandidatur zurückgezogen hatte. Der Völkerbundrat wurde aufgefordert, die Mitglieder des Organisations-Komitees zu bestimmen.

Im Verlauf der Sitzung der Europa-Kommission erklärten ihren beibehaltungswürdigen Beitritt zum Konventionentwurf der Bank die 13 Staaten, Polen, Rumänien, Jugoslawien, Griechenland, Bulgarien, Tschekoslowakei, Ungarn, Estland, Lettland, Italien und Litauen. Unter Vorbehalt der Unterzeichnung der anderen Länder erklärten sich Deutschland, Belgien und Holland zur Unterzeichnung bereit, während England, die Schweiz und Schweden die wohlwollende Prüfung durch ihre Parlamente versprachen.

Unfallgefahr und Arbeitslosigkeit

Die Pläne der Sozialen Reaktion

Das Reichsversicherungsamt hat vor kurzem über die Entwicklung der Unfallversicherung im vergangenen Jahr einige interessante Mitteilungen veröffentlicht. Danach betragen nach vorläufigen Schätzungen die Aufwendungen im Jahre 1930 insgesamt rund 425 Millionen Mark. Gegen das Vorjahr 15 Millionen mehr Ausgaben. Diese Zunahme der Ausgaben soll fast ausschließlich auf Entschädigungsleistungen entfallen. Die Zahl der gemeldeten Betriebsunfälle (einschließlich der Wegeunfälle) ist um rund 300 000 auf 1 180 986 zurückgegangen. Es sind also etwa 20 Prozent Unfälle weniger gemeldet worden als 1929. Das hat seinen Grund in der hohen Arbeitslosigkeit. Nun kommt jedoch noch folgende Tatsache hinzu: Bei den im Jahre 1930 erstmalig entschädigten Betriebsunfällen (einschließlich der Wegeunfälle) ist nur ein Rückgang um rund 8500 auf 157 382 eingetreten. Dieser Rückgang beträgt rund 5 Prozent. Man sieht daraus, daß die Unfallhäufigkeit während der Arbeitslosigkeit in den Betrieben nicht ab-, sondern ungenommen hat. Der Arbeiter hat Angst vor Entlassung. Er geht deshalb bei der Arbeit rücksichtslos ins Geheiß und nimmt auf die drohenden Unfallgefahren keinerlei Rücksicht. Der Unternehmer wartet in der Zeit der Krise nicht zuletzt an den Ausgaben für den Ausbau der Unfallversicherung. Dieser Ausbau wäre gerade jetzt um so mehr am Platze, als ja die Rationalisierung nicht nur zu einer Einschränkung der Belegschaft und schon damit zu einer Vermehrung der Gefahren, sondern auch durch die Aufstellung neuer Maschinen zu einer Steigerung der Unfälle geführt hat.

Unter diesen Umständen ist es absolut unverständlich, wieso gerade jetzt der Unfallschutz durch eine von den Unternehmern geforderte Reform der Unfallversicherung abgebaut werden soll. Die Unternehmer wollen sich entlasten. Sie wollen vor allem die kleineren Renten einschränken. Sie begründen das u. a. auch mit dem Hinweis, daß bei einem Wafall der geringeren Entschädigungen der Arbeiter schneller wieder den Weg zu einem Arbeitsplatz finde. Dagegen spricht die Ertragsstatistik, daß in einer Zeit hoher Arbeitslosigkeit der geringfügige Verleßte bedeutend schlechter gestellt ist als in normalen Zeiten. Wenn der Unternehmer Auswahl hat gegenüber dem Angebot an Arbeitskräften, dann wird er kaum einen Mann einstellen, dem etwa ein Finger fehlt, oder der sonstwie in der Arbeit, wenn auch nur leicht, behindert ist.

Die Unternehmer wollen sparen. Es fällt ihnen aber nicht ein, dort zu sparen, wo sie selbst ansparen könnten. Für Verwaltungskosten wurden 1929 41,3 Millionen Mark ausgegeben, also fast 10 Prozent, für die Unfallversicherung nur 8,9 Millionen. An diesem Verhältnis hat sich auch im Jahre 1930, soweit man bis jetzt sieht, nicht viel geändert. Dabei hätten es die Unternehmer leicht, mit dem guten Beispiel voran zu gehen; denn die Unfallversicherung, rund 24 Millionen, haben in der berufsgenossenschaftlichen Verwaltung nicht mitzurechnen. Wenn die Versicherten gleichberechtigt mitreden könnten, ließen sich manche Spesen einsparen, die allem Anschein nach aus so hohen Gehältern der Verwaltung, aus so vielen Rentenprozessen, neuen Gutachten für die Durchführung von Prozessen und dergleichen entstehen.

Die Reform, die die Unternehmer erstreben, hat nur ein Ziel: ihre Entlastung auf Kosten der Arbeiter. Dabei ist ihre Belastung im Verhältnis zum Lohn keineswegs etwas Anormales oder Ungebeuerliches.

Nochmals Gehaltshürzung?

Von bürgerlicher Seite wird gemeinelt, es könne nicht mehr zweifelhaft sein, daß die Beamtengehälter in irgend einer

Form gekürzt werden. Ueber die Art der Kürzung steht jedoch noch nichts fest. Immerhin gewinnt gegenwärtig der Gedanke einer direkten Kürzung an Boden, und eine Sanzfrane, die gegenwärtig zur Beratung steht, sei die, ob und in welcher Weise eine Staffelung der Kürzung durchgeführt werden soll.

Wir können im Augenblick die Richtigkeit dieser Meldung nicht nachprüfen. Sie steht auf alle Fälle in Widerspruch zu den mehrfachen Erklärungen des Reichsfinanzministers Dietrich.

Der Stand der Brauns-Kommission

Aus Berlin wird uns geschrieben: Es ist der **Brauns-Kommission** für die Ermittlung von Maßnahmen gegen die Erwerbslosigkeit nicht möglich gewesen, in ihrem jetzt zu Ende gegangenen Tagungsabschnitt das Problem der Erwerbslosigkeit abschließend zu erörtern.

Es hat sich bei den eingehenden Verhandlungen gezeigt, daß neben den großen Fragen, wie etwa das einheitliche Zusammenfassen aller drei Erwerbslosenunterstützungen, auch Nebenfragen einer eingehenden Behandlung bedürfen. Hierzu gehört z. B. die Behandlung der Begriffe **Arbeitswilligkeit** und **Arbeitsfähigkeit**.

Die Brauns-Kommission wird am Pfingstdienstag ihre Arbeiten wieder aufnehmen. Sie hofft, bis zum Ende der ersten Woche nach Pfingsten ihre Prüfung der Arbeitslosenfrage beenden zu können. Das würde zugleich auch den Wünschen des Reichstagsleiters entsprechen, der das Ergebnis der Arbeiten der Brauns-Kommission kennen möchte, ehe er anfangs Juni nach London fährt. Jedenfalls bleibt es nach den bisherigen Dispositionen dabei, daß der Vorsitzende der Brauns-Kommission, Reichsarbeitsminister **A. Brauns**, am Ende der ersten Woche nach Pfingsten sich nach Genf begibt, wo er, wie bekannt, als Vorsitzender die weiteren Arbeiten der internationalen Kommission über die Regelung der Arbeitszeit im Kohlenbergbau zu leiten hat.

Wenn die Arbeit der Brauns-Kommission praktische Auswirkung haben soll, muß sie noch starke Verbesserungen erfahren. In ihrer jetzigen Form bedeutet sie eine furchtbare Enttäuschung für die Arbeiterchaft.

Wie stehts um Freig?

Freig ist Metallprolet —
Wenn er an der Maschine steht,
Immer der gleiche Griff und Schlag —
Acht Stunden Fabriktaub — Tag um Tag
Dann träumt er mit fiebriger Sehnsucht im Bild
Von etwas Sonne, von etwas Glück...
Zu Haus sind sie zehn und jedes arbeitslos,
Es kämpft die Maschine — die Not ist so groß
Acht Stunden Fabriktaub — Freig träumt vor sich hin,
Ein Tag wie der andre — hat träumen hier Sinn —?
Wach auf, Freig und wisse: auf jeden kommt an:
Stoß zu uns als Kämpfer, als zweiter Mann! —
RSLd.

Um die Ordnung der Staatsfinanzen

Gegen demokratische Märgerei — Die neue Haushaltsordnung — Kritik und Zustimmung — Sozialdemokratie und Finanzpolitik — Ausgiebige Aussprache — Annahme des Gesetzes

43. Sitzung

h. w. Karlsruhe, 20. Mai 1931.

In der fortgesetzten Aussprache über den Gesetzentwurf betr. die neue

Haushaltsordnung

weist Abg. Casler (Zentr.) zunächst die Angriffe des Abg. Dr. Wolffhard zurück, der sich dagegen gewandt hatte, daß Abg. Dr. Baumgartner die Berichterstattung über die Haushaltsberatung übertragen erhalten hätte, obgleich er Präsident des Rechnungshofes sei. Namens der Zentrumsfraktion weist der Redner die unschönen und persönlichen Angriffe des Abg. Dr. Wolffhard gegen Abg. Dr. Baumgartner aufs schärfste zurück. — Zur Sache bemerkt der Redner, daß das Gesetz die Grundlage für eine geordnete Staatsverwaltung sei. Das Gesetz wolle dem Landtag das volle Budgetrecht; es verpflichte ihn aber auch, die Deckungsfrist für die Ausgaben zu begründen. Man müsse in Zukunft vorsichtiger mit den Ausgaben sein. Das Gleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben darf kein Scheingleichgewicht sein. Wir sind gegen frivole Voranschläge. Im übrigen stimmt der Redner dem Gesetze zu.

Abg. Hoffmann (Dem.) hält seine Bedenken über die Betreuung des Abg. Dr. Baumgartner als Präsident des Rechnungshofes mit der Ausschussberichterstattung aufrecht. Das Zentrum fühle sich in der Pflicht und dementsprechend müsse es gestimmt sein. Kritik zu üben. Im wesentlichen begrüßt Redner das Gesetz, unter Vorbehalt einiger Bedenken. Das Gesetz sei überflüssig eingebracht und durchberaten worden. Ein großer Fehler sei, daß das Finanzgesetz immer stärker behaftet werde mit gesetzlichen Veränderungen, Umstellungen und Aufhebungen. Dadurch gehe nicht nur jede Übersicht verloren, sondern die sachliche Behandlung werde gefährdet. Das Gesetz ist ein Versuch, den badischen Staatshaushalt in Ordnung zu halten.

Abg. Schmittner (N.) verliest eine Erklärung, aus der hervorgeht, daß seine Partei den Gesetzentwurf begrüßt, aber ihn ablehnt, wegen mangelnden Vertrauens zur Regierung.

Abg. Küster (Soz.)

wendet sich zunächst gegen den Vordrucker. Wenn Herr Dr. Schmittner Vertrauen zur Regierung habe, sei das nur peinlich. Bei der Bestimmung des Abg. Dr. Baumgartner als Berichterstatter habe er, der Redner, als Vorsitzender des Haushaltsausschusses sich nur von sachlichen Gesichtspunkten leiten lassen. Der Sachverständigen im Ausschuss über diese Frage ist Abg. Dr. Baumgartner. Der Berichterstatter hat nur einen sachlichen Bericht zu erstatten, er tritt aus seinem Parteirammen sonar heraus.

Der Gesetzentwurf bringt eine notwendige Neuordnung des Gesetzes in der Hinsicht an, die Staatsfinanzen in Ordnung zu halten. Wir billigen dieses Bestreben.

In Notzeiten dürfen keine größeren Ausgaben gemacht werden, wie es die Einnahmen zulassen.

Eine Finanzpolitik, die die Schulden vermehrt, ist gefährlich. Der Staat übernimmt die Grundzüge einer kaufmännischen Geschäftsführung. Fehlerträge dürfen nicht durch Mehrausgaben entstehen, sondern höchstens durch Mindereinnahmen. Das Finanzgesetz muß so aufgestellt sein, daß man immer den Etat balancieren kann. Im Finanzgesetz drücken sich die jeweiligen wirtschaftlichen Verhältnisse aus. Das Haushaltsgesetz darf deshalb nicht hart, es muß vielmehr beweglich sein. Die bisherige Methode hat sich bewährt. Die Änderung von Gesetzen im Finanzgesetz muß aber im organischen Zusammenhang mit dem Finanzgesetz stehen. Die Fraktion stimmt den beantragten Änderungen des Ausschusses zu. Die Rechte des Parlamentes sind nach jeder Rich-

tung hin gewahrt. Die Sozialdemokratie stimmt deshalb dem Gesetz zu. (Beifall bei der Sozialdemokratie.) — In läppischer und dummer Weise versuchten die Nationalsozialisten die Rede des Abg. Küster zu stören. Abg. Köhler erwidert für seine frohe Bemerkung einen Ordnungsruf. Auch Abg. Reinhold, der dem Köhler für seine Frechheiten ein „unverschämter Kerl“ zurief, wurde zur Ordnung gerufen.

Als Abg. Bod (Komm.) als nächster Redner aufgerufen wird, verliest der größte Teil der Zentrumsfraktion den Saal. Das Gesetz lehnt der Redner ab. Es sei ein politisches Gesetz, der Landtag solle ausgeschaltet und der Finanzminister zum Finanzdirektor gemacht werden. Es bewege sich auf sozialistischer Linie.

Abg. v. Au (Wirtsch. u. Vet.) meint, eine solche Regelung hätte schon nach der Inflationszeit kommen sollen. Mit der Tendenz der Vorlage ist Redner einverstanden. Die Frage der Schuldentilgung soll hinter der Frage der Steuererhebung zurücktreten. Nach längeren Darlegungen erklärt Redner, dem Gesetz zuzustimmen, da das Aus für die Vorlage größer sei, wie die formalen Bedenken. Unter großer Heiterkeit bemerkt der Redner zum Schluß, daß die Sozialdemokratie gelernt habe, daß man mit Wasser kochen müsse, während die Nationalsozialisten überbaut noch nicht kochen gelernt hätten. Dem Abg. Köhler gegenüber meint der Redner, er nehme nur eines über, wenn dumme und einfältige Menschen sich so auführen, als ob sie die Weisheit mit Köffeln gegessen hätten. Die Heiterkeit ob dieser treffenden Feststellung war köstlich.

Abg. Köhler (Nat.Soz.) beschäftigt sich mit der gestrigen Rede des Finanzministers. Man habe dem Volk Versprechungen gemacht, die nicht gehalten werden. Wenn Herr Dr. Matthes sich nun zu Grundfragen befinne, so sei das zu begrüßen, nachdem seine Partei jahrelang die Politik der Dreifachselde getrieben habe. Das Gesetz sei der Ausverkauf der Demokratie, des Parlamentarismus. Es sei eine trodene Festschreibung. Man überlasse es aber den regierenden Herrschaften, diese Festschreibung zu vollziehen. Die Sozialisten sei die stärkste Klasse im Kampf um die Macht, wenn es auch Ziele gäbe, die lieber mit anderen Mitteln durchzuführen wären. Das Gesetz lehnt Redner ab. Zu dem Inhalt des Gesetzes sagt der Redner keine Silbe. Kein Wunder! Von diesen Einzel-Dingen hat natürlich ein Nationalsozialist keinen Schimmer einer Ahnung.

Abg. Ewald (Soz. Volksp.) stimmt dem Gesetze zu. — Abg. Dr. Matthes (D.Volksp.) hält es für nötig, dem Abg. Köhler auf seine Anmerkungen zu antworten. Bis die nationalsozialistische Partei zu Grundfragen komme, würden schon noch ein paar Jahre vergehen; die Deutsche Volkspartei sei also den Nationalsozialisten ein Stiefvater. Wenn die Wirtschaftskrisis noch nicht behoben sei, so trage ein Großteil der Schuld die Politik der nationalsozialistischen Partei. Denn sie habe das Vertrauen zerstört. (Lautes Gebrüll bei den Nationalsozialisten!) — Abg. Köhler (Nat.Soz.) sucht mit einem Zitat von Schacht die heftige Feststellung des Vordruckers abzumildern. Erfolgs: Heiterkeit. — Damit ist die Aussprache beendet. — Abg. Dr. Baumgartner (Ztr.) beschäftigt sich im Schlußwort mit einigen in der Debatte vorgebrachten Fragen.

Es folgte die Abstimmung. Die einzelnen Paragraphen werden entsprechend den Anträgen des Haushaltsausschusses angenommen. Die Gesamtabstimmung über das Gesetz ergibt Annahme mit allen Stimmen bei 10 Nein und 5 Enthaltungen. Gegen die sofortige zweite Lesung wird Widerspruch erhoben. Die zweite Lesung findet nach der verfassungsmäßigen Frist statt, nach 8 Tagen. — Abg. Köhler (Nat.Soz.) beantragt, nachdem nun doch der Landtag nochmals nach Finanzfragen zusammenzutreten muß, Vertagung der ganzen Tagesordnung. Der Antrag wird abgelehnt. — Die Sitzung wird um 11 Uhr geschlossen und die nächste Sitzung am Donnerstag nachmittags 9 Uhr festgesetzt.

Kuweih und ein deutscher Trottel

In der Rostocker Zeitung lesen wir das nachstehend wieder-gegebene echt deutsche Gespräch:

„Unweil von Deimold, der wunderschönen Stadt des bekannten Soldatenliebes, erbebt sich auf der Grotenburg das Hermannsdenkmal, das leider in den Nachkriegsjahren mehr und mehr zum Schauplatz nationalistischer Demonstrationen geworden ist. Vor einigen Tagen erwies Prinz August Wilhelm von Preußen dem Hermannsdenkmal die Ehre seines Besuchs. Die Rostocker Tages-Zeitung widmet diesem Ereignis einen besonderen, mit photographischer Aufnahme versehenen Artikel, der an jenseitigen Byzantinismus keineswegs leidet. Es heißt da:

„Ein Auto fährt vor. Mehrere Herren entsteigen. Näheren sich der Grotenburg. Vorne mit weit ausstehenden Schritten eine große, hohe Gestalt im hellgrünen Sommeranzug. Ohne Hut. Sportmägig. Das ist doch... Sehen Sie mal... Diese Figur... Der Gesichtsausdruck... Die Nase... Die großen Augen... Topisch. Soeben soll er in... Rast... Das kann ja niemand anders sein... Selbstverständlich: Prinz August Wilhelm...
Kaus... Mensch, die Kamera... Ruhe... Ruhe... Nur nichts vermasseln...
Schnapp...
Im Gütebuch steht:
Heil Hitler!

August Wilhelm
Prinz von Preußen.

Na, Kollege, hab ich zu viel gesagt? Hat sich doch gelohnt, was? Kaum sind wir wieder unten. Es hat sich rumgesprochen, Bitte, mir auch ein Bild. Wir auch. Wir auch, bitte, bitte.
Kinder, nicht so laut, daß die Konkurrenz nichts merkt...!
„Heil Hitler“ mit der Unterschrift eines Kaiserhofes, im Vordergrund von einem Organ des Hugenberg-Konzerns platziert: mehr kann eine „Arbeiterpartei“ an Ermunterung von „hoher“, „höchster“ und „allerhöchster“ Stelle nicht erwarten.“

Öffentliche Körperschaftsrechte und freireligiöse Gemeinden

F.R.G. Am 16. und 17. Mai fand in Mainz-Gonsenheim bei Gelegenheit der Einweihung eines Jugendheims der Verbandstag der Freireligiösen Gemeinden statt. Die von Prediger Gustav Tschirn, Wiesbaden, geleitete Tagung war besuch von Vertretern freireligiöser Gemeinden aus Hessen-Nassau, Baden, Bayern, Welfen und Oldenburg. Landgerichtsdirektor Dörfelheimer (Landau) referierte über die Bedeutung der Körperschaftsrechte für die Weltanschauungsgemeinden. Unter Bezugnahme auf Ausführungen des Reichsfinanzministers Dr. Doepfer-Wischhoff, die kürzlich in der Presse damit verwandten Fragen behandelten, wies er auf die bedeutende Rechtsstellung der Kirchen im Staat hin und forderte die Durchführung der in der Verfassung entsprechend gewährleisteten Rechte auch für freireligiöse Gemeinden. Es wurde einstimmig eine Resolution angenommen, in der sich der Verbandstag für das Prinzip völliger Trennung von Kirche und Staat erklärt, unter den heutigen Verhältnissen aber allen freireligiösen Gemeinden empfiehlt, trotz der vorhandenen Bedenken die öffentlichen Korporationsrechte zu erstreben.

In zwei weiteren Referaten sprachen Pfarrer Walbaum (Münz) und Studentent Schlegel (Ludwigschafen) über den mangelnden Rechtschutz der Konfessionslosen und forderten Erziehung freireligiöser Fürsorgeeinrichtungen. Einige freireligiöse Gemeinden schlossen sich zusammen zu einem Wohlfahrtsverbande, der zu einer umfassenderen Reichsorganisation ausgebaut werden soll.

Die Notlage der Gemeinden

Eine notwendige Offensive des Landtages

Dem Haushaltsausschuss des Landtags wurde in der Sitzung vom 20. Mai vor Schluß der Landtagsberatungen ein Antrag der Zentrumsfraktion zur Vinderung der Not der Gemeinden zugewiesen. Der Antrag umfaßt 13 Forderungen auf verschiedenen Gebieten und konnte in der heutigen Sitzung des Haushaltsausschusses nur bis zur Hälfte beraten werden. Es ist unbestritten, daß die Gemeinden tagtäglich vor einer immer schwieriger werdenden Lage stehen, die verursacht ist durch den Rückgang der Steuereinnahmen, aber auch, daß die Ausgaben für Wohlfahrtsaufwand in steigendem Maße answachsen, es daher auch Aufgabe der badischen Volksvertretung ist, Mittel und Wege zu suchen, wie innerhalb der finanziellen Möglichkeiten hier Hilfe gebracht werden kann.

Mit der Berichterstattung war Abg. Seid (Soz.) beauftragt. Der Zentrumsantrag forderte eine Verringerung in der Verteilung der Wohnungsbaumittel dahin, daß die Wohnungsverbände und verbandsfreien Städte mindestens diejenigen Beträge als gemeinde-eigene Zuschüsse zur Förderung der Bautätigkeit erhalten, welche ihnen nach Abzug der zur Deckung der Realsteuererfüllung erforderlichen Summen aus eigenen Wohnungsbaumitteln verbleiben wäre, wenn die zentrale Verwaltung durch das Land nicht behände. Aus der Regierungserklärung geht hervor, daß sich die Verteilung der Anteile nach der Realsteuererfüllung gegenüber bisher geändert hat, daß insbesondere danach nur die Hälfte der Wohnungsbaumitteln des Vorjahres zur Bauaktivität verwendet werden darf und daß die verbleibende Summe zur Deckung des Finanzbedarfs zu verwenden ist, der durch die Senkung der Realsteuer in Baden von 4 bzw. 8 Prozent entsteht. Eine Verteilung der Wohnungsbaumittel im Sinne des Antrages ist vom Ministerium durch Bestimmung beim Reichsarbeitsministerium bereits versucht worden, da die verbandsfreien Städte überwiegend vorliegend geworden sind. Eine Verringerung hat der Reichsarbeitsminister abgelehnt. Für das Jahr 1931 werden in Baden 84 Millionen Mark aus der Gebäufondersteuer als Wohnungsbaumittel erwartet, davon sind vorläufig 5 Millionen an die verbandsfreien Städte und Wohnungsverbände als Darlehen und 2 Millionen als Landeszuschüsse zur Deckung von Zinsverpflichtungen oder neuer Zinsverbilligungen verteilt werden. Der Zentrumsantrag verfolgt den Zweck, die Gemeindeanteile für den Wohnungsbau zu erhöhen, um die Mieten nicht zu steigern, wenn aus Wohnungsbaumitteln ver-

mehrte Beträge zur Verfügung stehen. Um die Schwierigkeiten, welche in reichsgesetzlicher Hinsicht bestehen, zumals auch das Reichsfinanzministerium ermächtigt ist, die Einhaltung der Reichsnotverordnung bei den Ländern auf das strengste zu prüfen, wurde folgender veränderter Antrag einstimmig vom Haushaltsausschuss dahin angenommen, daß der vom Land zentral verwaltete Wohnungsbaumittel an die Gebäufondersteuer so zu verteilen ist, daß den Wohnungsverbänden und den verbandsfreien Städten die Erfüllung der von ihnen übernommenen Verbindlichkeiten möglichst erleichtert wird, um eine Erhöhung der Neubaumieten hinten zu halten.

Ferner wurde die 2. Forderung wegen Erhaltung von Altmohnhäusern einstimmig angenommen, daß die Landesbestimmungen dahin geändert werden, daß die dem Wohnungsbau zur Verfügung stehenden Mittel auch für Instandsetzungsarbeiten von Altmohnhäusern und solcher Altmohnungen, die nicht Kleinwohnungen sind, allgemein verwendet werden sollen. Der Innenminister erklärte sich mit der Tendenz dieses Antrages einverstanden, glaubte aber darauf hinweisen zu müssen, daß nicht erwartet werden kann, daß nun alle Altmohnungen aus Gebäufondersteuermitteln repariert werden können, sondern daß dies nur auf Fälle beschränkt ist, wo die Erhaltung der Altmohnung besonderen Umständen ganz dringend erforderlich ist, oder wo Kleinmohnungen neu geschaffen werden, soweit Mittel vorhanden sind. Von sozialdemokratischer Seite wurde darauf hingewiesen, daß in der Miete Hauptreparaturanteile enthalten, diese aber inabesondere für diesen Zweck nicht verwendet werden sind und es erforderlich ist, auch nachzusprechen, wenn solche Darlehen für Altmohnungen gegeben werden, für welchen Zweck die Mieten verwendet werden. Die Forderung, den örtlichen Ueberfuß einer Gemeinde aus der Gebäufondersteuer nach Durchführung der Realsteuererfüllung den Gemeinden bzw. den Wohnungsverbänden im wesentlichen zu belassen, wurde ebenfalls einstimmig gebilligt. Eine größere Aussprache ergab der Punkt, die Verteilung des Lastenausgleichs durch Einführung der Mineralwassersteuer in der Richtung, daß daraus Gemeinden, die infolge Wohlfahrtslasten besonders notleiden, unterstützt werden können. Es ist kein Zweifel, daß heute alle Gemeinden notleidend sind, daß sie aber in großen Gemeinden, wie letzthin im Rechtspleauschuss bei der Beratung eines anderen Antrags festgestellt

wurde, gerade die 2 großen Städte Mannheim und Karlsruhe zusammen die überwiegende Zahl der Wohlfahrtsverwerbslosen des ganzen Landes haben, ins Ungeheure geht. Mit Recht bemerkt daher der sozialdemokratische Sprecher, daß man an dieser Tatsache nicht vorbeigehen dürfe, und den Städten für dieses laufende Voranschlagsjahr, zumal auch die Voranschläge bereits aufgestellt sind, nichts mehr wegnehmen dürfe. Es wurde aber auch nicht verkannt, daß die Bestimmungen über den Lastenausgleichsstock Änderungsbedürftig sind. Die Regierung wurde ersucht, in dieser Richtung mit den Gemeinden zwecks Vorbereitung eines Gesetzentwurfs in Verbindung zu treten.

Eine 5. Forderung des Zentrums, Maßnahmen zur Vereinfachung und Beseitigung des Fürsorgegesetzes zu treffen, wurde bis zur Beratung des Sargutachten zurückgeschickt.

Eine weitere Forderung eines Zentrumsantrages, die Wiedereinführung des Unterstützungswohnheimes durch die badische Regierung bei der Reichsregierung beantragen zu lassen, bzw. bis zur Durchführung der Gesetzesänderung zu verlangen, daß die Reichsregierung von der Ermächtigung des § 38 der Reichsfürsorgeverpflichtung Gebrauch macht und sofort den Erwerb des gewöhnlichen Aufenthalts von einer Aufenthaltsfrist von einem Jahr abhängig macht, fand viele Anhänger auf Seiten der bürgerlichen Parteien, die zum Ausdruck brachten, daß durch die neue Reichsfürsorgeverordnung, die auf Grund des Ermächtigungsgesetzes vom Jahre 1923 erlassen ist, sehr viel Anlaß zu unläuteren Schiebungen der Armenverbände gegeben hätte, die oft zum Nachteil der zu betreuenden Unterstühtungsbedürftigen ausgemacht sei. Auch der Innenminister brachte Fälle vor, daß hauptsächlich die Bezirksfürsorgeverbände diese Änderungen verlangen und daß auch das badische Innenministerium eine entsprechende Anregung an den Reichsrat bereits in Vorbereitung habe. Der sozialdemokratische Redner führte aus, daß während der Geltung des alten Unterstühtungswohnheimgesetzes Abschiebungen vorgekommen seien und zu befürchten ist, daß unter Umständen die gewünschten Änderungen für die Unterstühteten nachteilig werden könnten. Der Antrag wurde bei Stimmenthaltung der sozialdemokratischen Vertreter angenommen. Die übrigen Punkte sollen in der nächsten Sitzung des Haushaltsausschusses erledigt werden.

Volkswirtschaft

Die Generalversammlung der Preussischen Elektrizitäts-WG. genehmigte den Abschluß für das Geschäftsjahr 1930, der eine Dividende von 10 Prozent auf das im Berichtsjahr voll abgediente Kapital von 125 Millionen Reichsmark vorlieht. Ferner wurde die Erhöhung des Grundkapitals um 30 Millionen Reichsmark auf 155 Millionen Reichsmark beschlossen.

LUFT BURGER Nahrung 10, 12 und 15 Pfennig

70jährige Erfahrung in der Schweiz gewährleistet die Milde und die Würze!

Partei-Nachrichten

Bodensee-Internationale: 14. Juni in St. Gallen! Wie wir vor Kurzem mitteilten, sollte Nationalrat Dr. Otto Bauer der Redner der Dösterreicherin der Massentagung der Bodensee-Internationale am 14. Juni in St. Gallen sein. Leider mußte Gen. Bauer noch abziehen; an seiner Stelle wird Gen. Nationalrat Glendonagen, Wien sprechen. Genossen, sorgt für einen Massenauftakt am 14. Juni in St. Gallen.

Demonstrationszug anlässlich des Parteitages

Das Parteitagskomitee Leipzig teilt mit: Um die Durchführung der Demonstration am Sonntag, den 31. Mai, reibungslos zu gestalten, die eintreffenden auswärtigen Teilnehmer geordnet einzureihen, sowie ihnen eine Stellplätze mitteilen zu können, ersuchen wir die Bezirke und Ortsgruppen, die ungefähre Teilnehmerzahl und die Zeit ihres Eintreffens in Leipzig bis spätestens zum 24. Mai dem Bezirkssekretariat Leipzig, Tauchaer Straße 19/21 mitzuteilen. Erwünscht ist vor allem auch die Angabe ob die teilnehmenden Genossen per Bahn (Sonderzug, Gesellschaftsfahrt) oder Transportautos eintreffen.

Wo bleibt der zweite Mann?

Die Leipziger Volkszeitung berichtet: Ehrenliste der besten Werber Das Ergebnis des Wettbewerbs im Leipziger Bezirk Genosse Erik Reindl, Leipzig, Rastwälder Steinweg 43, 40 neue Mitglieder. Die Aufnahmen wurden in einem städtischen Wohngebiet erzielt, für die Werbung besonders ungünstig liegt. Genosse Otto Schmalbe, Döbeln, Ludwig-Jahn-Straße 9, warb 36 neue Mitglieder. Mitglied der Partei seit reichlich einem Jahre. Reibet keine ehenamtliche Funktionen innerhalb der Partei. Genosse Alwin Banghof, Frankenthan (Ortsverein Mühlensberg), 28 neue Mitglieder. Bei einem ländlichen Ortsverein als sehr günstig zu bewerten. Genossin Albine Vogel, Geringswalde, hat 25 neue Mitglieder gewonnen. Genosse August Paga, Köhnitz-Bennewitz (Unterbezirk Borna), 24 neue Mitglieder. Genosse Max Mager, Connewitz, Frohburger Straße 38, 24 neue Mitglieder. Genossin Martha Müller, Möckern, Landwehrstraße 2, 20 neue Mitglieder. Genosse K. Penner, Connewitz, 18 neue Mitglieder. Genosse Erich Wohlgenut, Waisen bei Döbeln, warb 17 neue Mitglieder. Genosse Walter, Eutzsch, Felscherstraße 7, 16 neue Mitglieder. Genosse Robert Karia, Borna, 16 neue Mitglieder. Genosse Karl Graf, Mittweida, hat 16 neue Mitglieder gewonnen. Genossin Martha Simmerl, Döbeln, Geversbergstraße 9, warb 14 neue Mitglieder. Genosse Otto Müller, Döbeln bei Grimma, 13 neue Mitglieder. Genossin Martha Feidmann, Solzhausen, 13 neue Mitglieder. Genossin Ida Schönsart, Solzhausen, 12 neue Mitglieder. Genosse Otto Nagel, Großschöcher, Pfingststraße 17, 12 neue Mitglieder. Genossin Anna Köhler, Solzhausen, 11 neue Mitglieder. Die Parole ist auch weiterhin:

Wo bleibt der zweite Mann?

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe Todesfälle und Beerdigungsergebnisse. 18. Mai: Katharina Klett, 77 Jahre, Witwe von Friedrich Klett, Fabrikant. — 19. Mai: Adolf Schötle, Metzgermeister, Ehemann, alt 58 Jahre. Feuerbestattung am 21. Mai, 14.30 Uhr. Barbara Müller, alt 58 Jahre, Ehefrau von Erhard Müller, Bahnhofoberkassierer. Beerdigung am 22. Mai, 14 Uhr.

Kleine badische Chronik

Großfeuer — Fünf Scheunen niedergebrannt

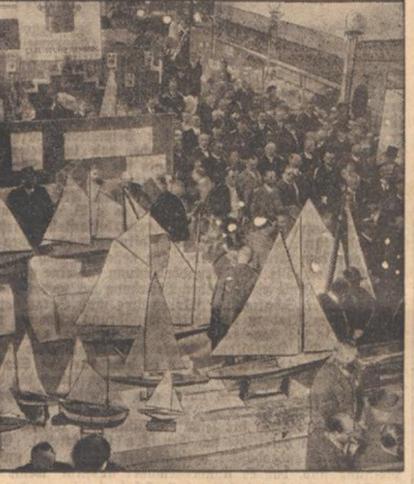
* Bruchsal, 20. Mai. Heute früh 7 Uhr schlug im benachbarten Hattenheim der Blitz in die Scheune des Landwirts Joseph Jungst III in der Philippsburger Straße. Im Nu standen fünf Scheunen in hellen Flammen, und es gelang der Feuerwehr nur, das Vieh zu retten. Innerhalb weniger Minuten brannten die Scheunen aus. Der Schaden ist ziemlich bedeutend, aber durch Versicherung größtenteils gedeckt.

Selbstmord oder Unglücksfall?

* Ditzingen (Amt Bruchsal), 20. Mai. Der 19-jährige Sohn Edmund des Schmiedemeisters Josef Haller wurde gestern nach der Mittagspause in den Räumen der Koltsbank Ditzingen, wo er beschäftigt war, mit einer Schußverletzung im Kopfe aufgefunden. Der junge Mann liegt jetzt in recht bedenklichem Zustande in der Heilbaderer Klinik. Da man nicht den geringsten Grund finden kann, der für die Annahme eines Selbstmordversuches sprechen würde, bleibt nur übrig, an einen allerdings unerklärlichen Unfall zu denken.

Der Fall Levita-Schwed

Die Staatsanwaltschaft Karlsruhe teilt zu dem Fall Levita-Schwed mit, daß entsprechend ihrem Antrage vom Untersuchungsrichter beim Landgericht Karlsruhe unterm 4. Mai ds. Js. gegen den aus Pfaffenberfurt stammenden Kaufmann Willi Schwed in Dortmund die gerichtliche Voruntersuchung eröffnet worden ist unter der Beschuldigung der mehrfachen Erpressung und Erpressungsversuchs, begangen gegenüber den Geschäftsführern der Firma Reemtsma Zigarettenfabriken G.m.b.H. in Altona. Am 6. Mai erfolgte die Festnahme Levitas gelegentlich einer in Baden-Baden vorgenommenen Hausdurchsuchung, während Schwed vermutlich ins Ausland geflüchtet ist. Auch gegen ihn wurden Haftbefehl und Steckbrief erlassen. Das Verfahren gegen Levita und Schwed gründete sich auf die Anzeige der Firma Reemtsma, welche dabei erklärt hat, die Firma habe keinerlei strafbare oder unlaute Nachschäfer zu verdecken gehabt, an Levita und Schwed auf deren Drohen mit Veröffentlichung anlässlich standortlicher Vorgänge über erhebliche Geldbeträge bezahlt bzw. die zur Veröffentlichung bestimmten Broschüren abgekauft, weil sie unter den damaligen Verhältnissen im Frühjahr 1929 erhebliche geschäftliche Schädigungen durch verleumdende Veröffentlichungen befürchtet haben. Auf angeblich neue Erpressungsversuche hin ist dann jetzt die Anzeige erfolgt. Die Staatsanwaltschaft betont, daß die gegen Levita und Schwed geführte gerichtliche Voruntersuchung mit politischen Rücksichten nichts zu tun habe, es handle sich lediglich um die Beschuldigung von Erpressung erheblicher Geldbeträge und Erpressungsversuchen, gegen Schwed außerdem noch um die Beschuldigung des Betrugs.



Nordische Schiffsahrt-Ausstellung in Kiel Bild in den Saal der Segelboot-Modelle

* Mittersdorf (Amt Kottatt). Im Schuppen eines Neubaus im Oberdorf brach Feuer aus, das den Gebäudeteil völlig in Asche legte und neben den dort lagernden Holzvorräten auch wertvolle landwirtschaftliche Geräte vernichtete. Die Brandursache ist unbekannt.

* Albrunn (Konstanz). Bei den Arbeiten am Kraftwerkbau Dögern-Albrunn ereigneten sich zwei schwere Unfälle. Der Maschinist Alfred Sniehinger fiel in eine Betonmischmaschine und erlitt schwere Rippenverletzungen, jedoch er lebensgefährlich verletzt ins Krankenhaus Waldshut verbracht werden mußte. Der Arbeiter Friedrich Schmitt brach den linken Fuß bis zum Knie mehrmals, jedoch dieser im Krankenhaus Waldshut abgenommen werden mußte.

* Brenden (Amt Waldshut), 20. Mai. In den frühen Morgenstunden des Mittwoch brach auf bisher ungeklärte Weise im Anwesen des Landwirts und Höfster Otto Felle Feuer aus, das sich so rasch ausbreitete, daß keine Rettung mehr möglich war. Das gesamte Anwesen, bestehend aus Wohn- und Oekonomiegebäude, wurde in Asche gelegt. Die Familie Felle konnte nur das nackte Leben retten. Mit knapper Not gelang es einigen Vieh in Eiderreihen Stroh- und Holzvorräte fielen dem Feuer zum Opfer. Der Gesamtschaden konnte noch nicht festgestellt werden. Der Gebäudeschaden allein beträgt 32 000 RM.

* Knielinger Schweinemarkt vom 20. Mai. Zufuhr: 91 Milchschweine, Preise: 20—27 M pro Paar, Handel: mittel. Nächster Markt am Mittwoch, 27. Mai.

* Badisches Landestheater. Das Schauspiel „Voruntersuchung“ von Max Alsberg (dem hervorragenden Berliner Rechtsanwalt) und Otto Ernst Belle kommt, wie schon angekündigt, am Donnerstag, 21. Mai, von Ulrich von der Trend inszeniert, zur hiesigen Erstaufführung. Um was es sich in dem Stück, das in Berlin bereits über hundertmal wiederholt werden konnte, handelt, ist in seinem Titel schon deutlich genug ausgedrückt; sein Thema greift mitten hinein in den Komplex der Tagesfragen, denen eine der aktuellsten und wichtigsten hier besteht der Voruntersuchungsmethoden, ist. — Das namhafte Werk gelangt durch die Damen Bertram, Frauendorfer, Genter, Rademacher, Schreiner und die Herren Brand, Höder, Juff, Kloebe, Ruther, Müller, Prüter, Schulze u. a. zur Darstellung.

Aus der Stadt Durlach

Sozialdemokratische Partei. Die Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei, die Arbeiterpostler und die Volksfreundler, seien auf die am Freitag in der Festhalle, 2. Stock, stattfindende Versammlung mit Vortrag aufmerksam gemacht, mit der Bitte, pünktlich zu erscheinen. (Siehe Vereinsanzeiger.)

Wasserstand des Rheins Basel 200, gest. 56; Waldshut 416, gest. 83; Schutterinsel 281, gest. 75; Rehl 340, gest. 4; Waxau 515, gest. 11; Mannheim 481, gest. 8 Zentimeter.

Vorläufige Wettervorhersage der Badischen Landeswetterwarte

Wetterausichten für Freitag, 2. Mai: Aufheiternd, höchstens vereinzelt leichte, gewittrige Niederschläge, kühl, in Aufbesserungsgebieten nachts leichter Bodentrost.

Großer billiger Pfingst-Verkauf!

Mit diesen Preisen, mit diesen entzückenden Modellen und der von uns gebrachten Auswahl bieten wir mehr als Sie erwarten.

Advertisement for shoes with images of high-heeled shoes and a list of prices for various styles like Damen-Spangenschuhe, Herren-Halbschuhe, etc.

Was wir leisten zeigen unsere Fenster!

Advertisement for 'Schuh-Danger' shoes, located at Kaiserstraße 161, Ecke Ritterstraße.

Ich habe die Leitung der chirurgischen Abteilung des städtischen Krankenhauses Karlsruhe am 15. Mai übernommen. 1370 Sprechzeit täglich 11 1/2—1 Uhr. Professor Dr. med. Paul Drevermann

Pfingst-Verkauf! Einige Beispiele: Sporthosen . . . von 1.20 an Ringtennis . . . von 2.50 an Badeschuhe . . . von 1.30 an Tennisschuhe . . . von 4.— an (Gute Qualität) Brotbeutel, Rucksäcke, Trainingsanzüge Große Auswahl! Billigste Preise! Sport-Hörrie, am Durlacher Tor

Kassatter Anzeigen Die Oberbürgermeisterwahl der Stadt Durlach betr. Die Dienzeit des Herrn Oberbürgermeisters Renner läuft am 1. Juli ds. Js. ab, weshalb die Neuwahl nötig fällt. Nach § 21 der Gemeindeordnung erfolgt diese Wahl durch die Mitglieder des Bürgerausschusses. Die Wahlfrist — Mitgliederliste des Bürgerausschusses — liegt gemäß § 9 der Gemeindeordnung von Donnerstag, den 21. Mai ds. Js. ab 8 Tage lang auf dem Rathause — Zimmer Nr. 9 — zu jedermanns Einsicht auf und zwar jeweils von 8—12 Uhr vormittags und von 2 bis 6 Uhr nachmittags, am Samstag vor Pfingsten von 8—12 Uhr vormittags, am Pfingstsonntag und Pfingstmontag von 11—12 Uhr vormittags. Wer die Wahlfrist für unrichtig oder für unvollständig hält, kann dies binnen der gesetzten Frist schriftlich oder mündlich unter Bezeichnung der Beweismittel hier anzeigen. Nach Umlauf der Angelegenheit resp. Entscheidung über etwaige Anträge wird der Wahltermin bestimmt werden. Durlach, den 18. Mai 1931. Der Stadtrat.

Advertisement for Herren-Sportanzüge (Sacco u. Knickerbocker) and Rich. Pahr, Kronenstr. 49, Direktor Verkauf.

Advertisement for Der Hauptmann von Köpenick im Landestheater, featuring Carl Zuckmayer and Wilhelm Schärer.

Advertisement for Volksfreund-Buchhandlung, Karlsruhe, Waldstraße 28, Fernsprecher 7020/7021.

Der moderne Sport-Anzug 28.- 38.- 45.- 58.-

Nur gute Qualitäten für wenig Geld!

Hahn

Ratenkaufabkommen Kaiserstraße 54

Die große Revolution

Zu dem neuen Buche Otto Bauers

Von Wilhelm Sollmann

Seit dem Kriegsausbruch ist die Weltwirtschaft gestört. Die Konjunktur und gewaltige Ansprüche haben der Welt mit Aufgaben gestellt, die sie in unerhörtem Tempo gelöst hat. Kriegerische und kapitalistische Vorhaben vor den wirtschaftsorganisatorischen Anforderungen, die der große revolutionäre Abschnitt in der technischen Entwicklung mit sich bringt. Alles was die kapitalistische Wirtschaft im Krieges und nachher, zumal in der Rationalisierungsperiode getan hat, betrafte zwar die Produktivkräfte auf allen Gebieten ungeachtet, desorganierte aber die Verwendung der menschlichen Arbeitskräfte und die Möglichkeiten des Abflusses der Güter.

Dr. Otto Bauer, der Theoretiker der sozialistischen Arbeiter-Internationale, unternimmt den Versuch, aufzuzeigen, was die Ursachen der stürmischen und bei wachsendem Reichtum und Wohlstand liegenden. Sein großes Werk „Kapitalismus und Sozialismus nach dem Weltkriege“ (Wiener Volksbuchhandlung, Wien VI), von dem jetzt der 1. Band „Rationalisierung — Fehrrationalisierung“ vorliegt, scheint zu einem neuen Kompass sozialdemokratischer Politik für die nächsten Jahrzehnte werden zu wollen. Wer es liest und jeder sollte es durcharbeiten, wird in der Erkenntnis des tiefsten Verjagens kapitalistischer Wirtschaftspolitik, aber ebenso sehr in etwaiger Selbstsicherheit politischer Prognosen erschüttert werden. Wenn sich alles umgestaltet, und auch die sozialistische Arbeiterbewegung nicht im Sein vergangener friedlicher Jahrzehnte beharren, sondern Formen und Methoden suchen und finden, die dem „revolutionären“ Abschnitt in der evolutionären technischen Entwicklung entsprechen.

Otto Bauer ist der Erste, der dem Arbeiter und dem Proletariat die Proletariats eine geistig und seelisch aufwühlende Darstellung der großartigen Umwälzungen in der Produktionstechnik der neuen Arbeitsverfahren und neuer wissenschaftlicher Betriebsführung gibt. Er zerstört die Vorstellung, die aus verurteilten Zeiten da und dort auch bei uns noch die Arbeitsstätte und die Arbeitsweise des Proletariats der Grade herrschen mag. Daß sich unter den Hammer schlägen der Rationalisierung und der Intensivierung auch der proletarische Mensch und seine politischen Anschauungen wandeln müssen: Otto Bauers Buch kann diese Erkenntnis jedem vermitteln.

Er geht aus von der phantastischen Steigerung und Konzentration der Kraftgewinnung durch die Entwicklung der Elektrizitätswirtschaft. Noch vor zwanzig Jahren konnte der in den Ueberlandzentralen gewonnene Strom bei Spannungen von 15 000 bis 50 000 Volt im Umkreis von nicht mehr als 50 Kilometern wirtschaftlich verwendet werden. Jetzt werden die großen Fernkraftwerke ihren Strom in Hochspannungsnetze von 220 000 Volt Spannung und mehr. Wenige wenige Kraftwerke befriedigen den Bedarf ganzer Länder. Die Abplattung der Verteilungsnetze jagt den Strom über große Entfernungen und erlaubt die höchste Ausnutzung für Licht und Kraft. Die Wasserkräfte für elektrische Energie konnten vor einem Menschenalter nur Wassertriebwerke bis zur Höchstleistung von 6000 Pferdekraften. In den Nachkriegsjahren arbeiten Turbinen von 80 000 Pferdekraften und mehr in den Wasserkraftwerken. Eine nicht minder bedeutende Umwälzung ist dort vorhanden, wo die Energie auch weiterhin aus der Steinkohle genommen wird. Kohlenstaubfeuerung, sprunghafte Steigerung des Dampfdruckes und der Überhitzung des Dampfes, enorme Vergrößerung der Dampfmaschinen und der Dampfmaschinen — vor kurzem noch 60 000, jetzt 250 000 Pferdekraften — bieten ungeheure Leistungen. Dabei steht mit der Erhöhung des Wirkungsgrades der Kohlebedarf zur Gewinnung gleicher Energiemengen auf die Hälfte, vielleicht bald auf ein Drittel des Bedarfs in der Vorkriegszeit. Gleichzeitig aber werden im Bergbau, am meisten in der Braunkohle, infolge vermehrter und verbesserter Maschinenkraft mit immer weniger Menschen immer mehr arbeiten gefördert. In der Stahlindustrie ist es nicht anders: Die Thyssen-Hütte in Hamborn erzeugte früher 75 000 Tonnen Stahl und hatte 10 000 Arbeiter; heute macht sie 170 000 Tonnen Stahl und hat nur 9900 Arbeiter. Der Hüttenverein stellte 40 000 Tonnen Stahl mit 9600 Arbeitern her, jetzt liefern nur 5700 Arbeiter an die 90 000 Tonnen Stahl. Ueberall Verdoppelung und Verdreifung der Erzeugungsleistung.

Triumphierend ist die Maschine auch in die Kontore eingedrungen und macht bei rasch wachsender Leistung auch die angestellten zu Maschinenarbeitern. In der Buchhalterei einer deutschen Großbank haben im Jahre 1914 334 Angestellte jährlich 9080 Posten gebucht, im Jahre 1927 aber nur 284 Angestellte täglich 18961 Posten.

Den stärksten Anstoß hat der Krieg zur Mechanisierung der Landwirtschaft gegeben. Hier sind allerdings die kleineren und kleineren bäuerlichen Betriebe Mittel- und Westeuropas kein Maßstab für die Entwicklung. In Amerika aber wurde die Landwirtschaft weithin riesige Getreidefabrik. Die Landarbeiter sind nicht bäuerliche Menschen, sondern Mechaniker und Chauffeure, die große Landmaschinen bedienen und die Traktoren führen. In Europa zielt sich die Umstellung langsamer. Immerhin wird auch in Deutschland nur kaum noch ein Drittel der Kulturfläche mit der Hand gemäht. Die technische Revolution bringt also auch in unserer heimischen Landwirtschaft vor. Selbst der kleinste Antimarxist und bornierteste Häcker der materialistischen Gesellschaftsauffassung wird wohl so viel begreifen, daß die mechanisierte Landwirtschaft einen anderen Arbeitertypus mit sich bringt und braucht als den Pferdekräftiger und den seine Sense schneidenden Mäher von einst. Der naive, naturgebundene Landmann verfinstert, auch wenn man es bedauern mag, und der proletarisch empfindende und rednerisch denkende Maschinenarbeiter wird auch im landwirtschaftlichen Betriebe verkehrtsch. Das bedeutet die Zerlegung einer der stärksten Stützen für die bestehende Gesellschaftsordnung in Europa. Die Rationalisierung und die Intensivierung der Arbeit, die wissenschaftliche Betriebsführung, das Verschmelzen der letzten Möglichkeiten nicht nur in der technischen Ausnutzung der Maschinenkräfte, sondern auch der Aus-

beutung aller körperlichen, geistigen und seelischen Energien im Menschen wird zu einem System satanischer Raffinesse. Der nationale und der internationale Wettbewerb kennen kein Erbarmen und nur noch Kalkulation. Maschine und menschliche Kraft werden zu einer rein rechnerischen Einheit. Es ist von großer und mitreißender dramatischer Spannung, wie Otto Bauer diese grandiose Tragödie des modernen Arbeitsmenschen, die dämonische Beseßtheit der Produktion bis zum Wahnsinn vor uns aufbaut.

Bis zum Wahnsinn! Denn dieses ganze rasende Aufwärtsschreiten der Entwicklung aller Produktivkräfte kann nur Sinn gewinnen, wenn es planvoll in den Dienst einer Bereicherung der Gesellschaft und einer Entlastung und Schonung der Masse Mensch gestellt wird. Hier ist der große und nicht reparable Fehler der Privatwirtschaft. Das Ziel aller Rationalisierung ist die Senkung der Produktionskosten. Dem Unternehmer ist es aber immer nur um die Senkung seiner Produktionskosten zu tun, nicht um die Senkung der gesellschaftlichen Produktionskosten. Er geht rücksichtslos, und schließlich muß er es in dieser Gesellschaftsordnung, massenhaft Arbeitskräfte frei. Er überläßt der Gesellschaft, sie zu unterhalten und schreit dabei noch über zu hohe Soziallasten. Die ohne Rücksicht auf die Bedürfnisse der Gesellschaft und die Verwertung aller vorhandenen Arbeitskräfte durchgeführte Rationalisierung wird zur Fehrrationalisierung. Die Quelle dieser Fehrrationalisierungen kann erst ein sozialistischer Staat verstopfen, der nur in dem Tempo rationalisieren würde, in dem er die durch die Rationalisierung entbehrlich werdenden Arbeiter in andere Betriebe, Berufe, Produktionszweige überführen kann. In der kapitalistischen Gesellschaft wird die Rationalisierung, die sparen soll, geradezu zur Vergeudung und zur Desorganisation. Sie stößt in gigantischer Weise Menschen für Lebenszeit in das Elend der Erwerbslosigkeit und bündet dem arbeitenden Volksteil die Last auf, Millionen gesunder Menschen unproduktiv zu unterhalten, die sich nach Arbeit sehnen und wertvolle Tätigkeiten leisten könnten.

Daß aus diesem krisenhaften Zustand Gefahren unmittelbar für den Bestand der kapitalistischen Gesellschaft er-

wachsen, wird allmählich auch bei den überzeugtesten Anhängern dieser Gesellschaft begriffen. In den Massen jedenfalls ist der Glaube an den Kapitalismus schwer erschüttert. Der Sozialismus wird aus einer Vision zur Tagesfrage. Dies um so mehr, als der volkreichste Staat der weißen Rasse seit 13 Jahren um den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft ringt. Bei der Steifigkeit beurteilt Bauer das riesenhafte russische Experiment positiver als Kautsky. Er hält es für denkbar, daß die Sowjetunion durch die Zone der größten wirtschaftlichen Gefahr hindurchkommt und der Fünfjahresplan annähernd sein Ziel erreicht. Dann eröffnet sich die Möglichkeit, daß ein allmählicher Abbau der Diktatur erfolgt, eine Demokratie der werktätigen Massen die Diktatur ablöst und in der Tat die Umwandlung aus dem Staatskapitalismus in eine sozialistische Organisation der Gesellschaft erfolgt.

Für die Industrieländer Europas und Amerikas sieht Bauer für die Eroberung der Staatsmacht kaum einen anderen Weg als die Demokratie. Er mag länger erscheinen als die Mittel der Gewalt, aber er ist unzweifelhaft der Weg der geringeren Opfer an Wohlstand, an Freiheit, an Menschenleben. Freilich ist auch denkbar, daß die Kapitalistenklasse durch das Anschwellen der proletarischen Masse in Stadt und Land in Herrschaft und Besitz bedroht, an die Gewalt appelliert und dabei insbesondere den nach Abenteuer jugendlichen Geisteszustand der heutigen Jugend ausnutzt.

Jedenfalls liegen die inneren Widersprüche des Kapitalismus für die Massen klarer und schärfer zutage denn je und sie empfinden den schreienden Gegensatz zwischen ihrer sinkenden Lebenshaltung und der in rasendem Tempo sich steigenden Produktivität ihrer Arbeit. Das muß die Auflehnung gegen den Kapitalismus vertiefen. — Die kapitalistische Rationalisierung selbst ruft durch die Desorganisation in den Völkern die Riesenträfte hervor, die eine gesellschaftliche Rationalisierung, eine Erneuerung aller Dinge durch den Sozialismus erzwingen werden. Das Ziel ist gewiß. Die Wege dahin aber sind unerforscht und die Sozialdemokratie wird gut tun, mit mehr als einer Möglichkeit zu rechnen.

Aus aller Welt

Schweres Fernbeben gemeldet

Die Erdbebenmarke in Ravensburg meldet heute früh 3.42 Uhr ein Fernbeben, das, wie die Messungen vermuten lassen, in der Nähe des Herdes geradezu furchtbare Ausmaße angenommen haben muß. Der vermutliche Herd des Bebens befindet sich in südlicher Richtung.

Schweres Autounfall

Friedrichshafen, 21. Mai. Im Seemal bei Friedrichshafen ereignete sich am Mittwochabend ein Autounfall, dem ein Menschleben zum Opfer fiel. Das Dienstauto des Arbeitsamts Ravensburg wollte einen Nachfahrer überholen, als ihm von der Gegenseite ein von einer Dame gesteuerter Wagen entgegenkam. Beim raschen Bremsen schleuderte das Dienstauto und fuhr auf den entsetzenden Wagen auf, der in den Straßenrand gedrückt wurde, wodurch zwei seiner Insassen leichte Verletzungen erlitten. Der im Dienstauto sitzende Arbeitsamtsdirektor Brühl wurde durch den Anprall aus dem Wagen geschleudert und sofort getötet. Der Rastler des Arbeitsamts Ravensburg erlitt leichte Verletzungen am Kopf, während der Chauffeur mit dem Schrecken davonsant. Er wurde verhaftet.

Berurteilung der französischen Flieger von Schweinfurt

SW. Schweinfurt, 20. Mai. Von dem hiesigen Schnellrichter wurden heute nachmittag die mit dem Schweinfurter Flugplatz gelandeten französischen Flieger wegen Fahrlässigkeit und Uebertretung der Luftverkehrsordnung verurteilt. Der Fährlich René erhielt 250 M. Geldstrafe bzw. 10 Tage Haft, der Mat. Venezer 100 M. Geldstrafe bzw. 4 Tage Haft und der Untermaat Beneset ebenfalls 100 M. Geldstrafe bzw. 4 Tage Haft. Außerdem wurden die Flieger zur Tragung der Kosten des Verfahrens verurteilt. Der Beurteilung wohnte mit einem Dolmetscher der französische Konsul aus Nürnberg bei, der nach Beendigung der Verhandlung die Flieger im Fluszeug mit nach Nürnberg nahm.

Zurückbares Einsturzungsloch in einer Sandgrube

SW. Berlin, 20. Mai. In einer Sandgrube der Märkischen Bauhofwerke, Berlin, in Bernsdorf b. B., lösten sich plötzlich etwa 50 Kubikmeter Sand und stürzten etwa 20 Meter herunter und verschütteten sieben Arbeiter, von denen vier mit schweren Verletzungen, drei nur noch als Leichen geborgen werden konnten. Die Arbeiter waren dabei, einen leeren Zug mit Sand zu beladen.

Gold im Käse

Von Sunderland (Nordengland) aus fuhr das englische Dampfschiff „Reclaimer“ in See, um die Goldvorräte des im Jahre 1916 von einem deutschen U-Boot versenkten holländischen Dampfers „Tubantia“ zu heben. Die „Tubantia“ hatte an Bord 20 Millionen Mark in Gold, das in einer Ladung holländischem Käse verpackt war. Mit dem „Reclaimer“ fahren acht Taucher mit, die mit den modernsten Tauch- und Suchapparaten ausgestattet sind.

Kampf um den deutschen Sprechfilm im Elsaß

SW. Straßburg, 19. Mai. Seit einiger Zeit bestehen lebhafteste Differenzen zwischen den elsass-lothringischen Kinobesitzern und den französischen Filmverleiher wegen der vermehrten Aufführung deutscher Sprechfilme im Elsaß. Die innerfranzösischen Filmproduzenten und Verleiher sind der Meinung, daß in Elsaß-Lothringen zu viel deutsche und zu wenig französische Sprechfilme aufgeführt werden. Die elsass-lothringischen Kinobesitzer machen demgegenüber geltend, daß sie die Filme aufzuführen müßten, die das Publikum verlangt. Es sei aber eine unabwendbare Tatsache, daß der französische Sprechfilm in Elsaß-Lothringen nur sehr wenig Anklang finde, während die Aufführung deutscher Sprechfilme ständig vor gut besetztem Saale vor sich aingeht.

Reinhardt's Ehe geschieden

Das Kaiserliche Bezirksgericht hat die Ehe des Professors Max Reinhardt (Berlin) mit der Schauspielerin Elsa Deims geschieden. Die Scheidungssache war von Prof. Reinhardt mit der Begründung eingebracht worden, daß er seit über zehn Jahren von seiner Frau getrennt lebe. Elsa Deims war der nach Berlin gefandenen Vorladung nicht gefolgt.

Politik und Geschäft

Chemnitz hatte in diesen Tagen eine Sensation: an den Plafards der Stadt wurde mit Riesentypen verkündet: „Deutsche, kauft deutsche Schuhe!“ Und der Verbund der Schuhgeschäfts-Inhaber lobte sich im Inseratenteil der bürgerlichen Presse in gleicher Weise aus. Der Grund zu diesem hysterischen Geschrei? Im Zentrum der Stadt hatte der bekannte tschechische Schuh-Millionär Bata eine Filiale eröffnet. Vor dem Geschäft stauten sich die Menschen derart, daß die Sino den Verkehr regeln mußte. Dittlerungen und freischwärmende Arbeiter überboten sich in einer niederrückigen Decke gegen die Arbeiterstraße: „Seht nur, wie das Nazistenschuhtuch zu dem Tschechen sein Geld hineinschleppt!“ Das war die Sensation der Nationalisten, die den Einbruch des tschechischen Schuhfabrikanten in den Chemnitzer Schuhwarenhandel zu einer politischen Debatte gegen Links ausnutzten. Nur veranlaßte die Schreier eines hinauszuführen, nämlich das gar nicht nationale Geschäft, das nationale Führer bei der Errichtung der Filiale Bata gemacht haben. Das S. A. S., in dem Bata Verkaufsräume für seine Chemnitzer Filiale abgemietet hat, gehört dem Führer der Chemnitzer Militärvereine, und der juristische Berater jenes Hausbesitzers ist ein bekannter Rechtsanwalt und deutschnationaler Politiker. Ein lohnendes Geschäft steht eben, wie so oft, jenen patriotischen Herrschaften über alle Moral und Politik. Die Internationale der Nationalisten hat sich wieder einmal allabendlich bewährt: Ein deutschnationaler Politiker, ein Kriegervereinsgeneral, Arm in Arm mit dem Ausbeuter Bata!

Sein Heiligtum

Der Uniformlieferant der Sakentzucker in Lüdenscheid ist, weil er nicht framm auf der Hitlerlinie steht, abgesetzt worden und das rentable Geschäft ist von Hitler einem Major d. A. Golt übertragen worden. Der verkündet nun in der Sakentzuckerpresse das folgende Mittelding zwischen Inserat und Befehl: „Unser Führer Adolf Hitler hat befohlen, daß jeder Pa. und SA-Mann seinen Bedarf an SA-Diensthemden, Hosen usw. bei der Zeugmeisterei West zu beden hat. Hitlers Befehle sind jedem von uns Heiligtum! Sie werden ausgeführt!!! Pa. SA-Mann! Die 3M. West wartet auf dich! Gehe nicht Golt Galt, a. D.“ Sein Wort ist ihm Befehl, sein Befehl ein Heiligtum — sobald er Geld einbringt.

Gewinnauszug

2. Klasse 37. Preussisch-Süddeutsche Staats-Lotterie.

Ohne Gewähr Nachdruck verboten

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Lose gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II

1. Ziehungstag 18. Mai 1931

Die heutige Vormittagsziehung wurden Gewinne über 300 M. gezogen

2. Gewinn zu 50000 M. 5999
4. Gewinn zu 5000 M. 211157 263320
6. Gewinn zu 3000 M. 62153 351490
8. Gewinn zu 2000 M. 180745 194992 250960
20. Gewinn zu 1000 M. 43120 48801 51412 132388 138495 142607
187674 201086 240124 386969
38. Gewinn zu 800 M. 10654 11842 40658 42402 103034 130143
141209 161025 185303 202894 209167 256805 258305 256690 291182
344807 348976 385325 391981
40. Gewinn zu 600 M. 783 1689 78912 92309 110382 123228 126828
161021 173311 180662 211165 232289 245060 287637 298386 300581
323045 334712 361459 382559

Die heutige Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 300 M. gezogen

2. Gewinn zu 10000 M. 19191
4. Gewinn zu 6000 M. 202013 204278
6. Gewinn zu 3000 M. 104894
8. Gewinn zu 2000 M. 205178 284038 310158 340837
20. Gewinn zu 1000 M. 30244 92869 148826 192908 197694 205163
221571 232455 263301 253473 290916 331311 378469
38. Gewinn zu 800 M. 2981 33588 38072 40457 94078 108034
110200 138368 153482 173070 285195 307860 317351 319337 324417
353743 369627 399288
40. Gewinn zu 600 M. 26621 34071 35127 41990 58881 61322
72269 84634 96892 124695 139223 141615 144817 145893 147360
185112 185756 173645 229300 256202 279761 296444 334152 350907
368940

Auch zu Pfingsten
Qualitäts-Schuhe

Total-Ausverkauf

mit **20-50% Rabatt**
bei

Schuhhaus Badenia

Karlsruhe
Kriegsstraße 72
beim Mendelssohnplatz

Wer hier kauft, spart Geld!

Volksfürsorge

Gewerkschaftlich Genossenschaftliche Versicherungsaktiengesellschaft, Hamburg 5.

Größte Volksversicherungsgesellschaft Deutschlands
Gegenwärtig rund 2,2 Millionen Versicherte mit 900 Millionen RMk. Versicherungssumme, 150 Millionen RMk. Vermögen davon Eigentum der Versicherten

Prämienreserve über 100 Millionen RMark
Gewinnanteile über 32 Millionen RMark
zusammen **über 132 Millionen RMk**

Versicherungsleistungen: über 12 Million. RMark
seit November 1923 (Ende der Inflation).

Nähere Auskunft erteilen die Rechnungsstellen: Karlsruhe, Schützenstraße 16; Schramberg i. Würtemb. Volkshaus, oder der Vorstand der Volksfürsorge in Hamburg 5
An der Alster 57-61

Kabliau

Pfund 20 im Anschnitt
im Gz. **23** S. Pfd. **23** S.

Kabliau-Filet 35 S.
Pfund

nur in folgenden Filialen:
Hardtstraße 36, Rheinstraße 25
Kaiserallee 73, Eutenbergplatz
Weltzienstr. 17, Erbprinzenstr. 29
Waldhornstraße 18 a
Ludwig-Wilhelm-Straße
Rüppurr, Belerthelm, Daxlanden.

In unserer
Spezial-Abt.: Marinaden
finden Sie eine besond. reiche
Auswahl **frischer Fisch-**
und **Seefische, Räucher-**
fische u. Fischmarinaden
Geflügel aus eigen. Farm

... und 5% Rabatt

Pfankuch

Badisches Landesstheater
Donnerstag, 21. Mai
1) 27
(Donnerstagmiete)
Th.-Giem. 301-400

Zum ersten Mal Vorunterführung
Schauspiel
von Max Müllers und
Eito Ernst Hoffe
Regie: v. d. Trend

Rittmeister: Bertram
Freundlicher, Genter,
Mademacher, Schreiner,
Brand, Graf, Söder,
Zuh, D. Kienker,
D. Kienker, Kiedel,
Luhne, Luther, Müller,
Prüter, Schulze,
Seibert

Anfang 19.30 Uhr
Ende 22 Uhr
Breite A (0.70-5.00 A)
Fr. 22.5. Julius César
Sa 23.5. Der Hauptmann
von Köpenick
So 24.5. Die Meister-
singer von Nürnberg
Im Konjertsaal: Meine
Frau, das Fräulein
Mo 25.5. Nachmittags:
Der Hauptmann von
Köpenick. Abends:
Sistera und ihr Dular
Im Konjertsaal: Meine
Vorstellung.

Saubere und hübsche
Frau sucht Arbeit im
Büro und Bügel,
bro Tag 3-4. Zu erfr.
Wagartenstr. 89, 11, 1.

Kinderlehrer für
6 jähr. Mädchen, gut
erhalten, zu laufen ne-
hmt, über alle zu erfr.
fragen unter P. 724
im Volksfreund.

**VEREINS-
DRUCKSACHEN**

Satzungen
Mitglieds-
karten
Briefbogen
Kouvert
Eintrittskarte
Programme
Plakate
Lotterie-Lose
usw.

In jeder Aus-
führung
liefert sauber
und billigst in
kurzer Zeit

**Verlagsdruckerei
Volksfreund G.m.b.H.**
Karlsruhe, Waldstr. 28

Junges Mädchen sucht
Stelle zu Kindern tags-
über. Zu erfr. unter
W. 713 im Volksfreund.

TIETZ Lebensmittel

Stets frisch Stets gut Stets billig

Verkauf soweit Vorrat!

Haushalt-Kaffee ¼ Pfd. 50.7 Pfd. 1.95	Suppenhühner u. Brathähnen 1.05	Kopfsalat hiesiger . . . 3 Stück 20.7
Hotel-Mischung ¼ Pfd. 70.7 Pfd. 2.80	Suppenhühner frisch, Pfd. 1.25	Spinat 2 Pfund 25.7
Wiener Mischung ¼ Pfd. 80.7 Pfd. 3.20	Seefische	Rhabarber 3 Pfund 25.7
Karlsruher Mischung ¼ Pfd. 90.7 Pfd. 3.60	In bekannt frischer Qualität eintreffend!	Kartoffeln 10 Pfund 60.7
Arab. Mokka ¼ Pfund 1.20	Frische Eier (Ausland)	Salatgurken Stück von 35.7
Maragogype grobbohlig, ¼ Pfund 1.20	10 Stück 62.7	Rettich 3 Bund 25.7 Bund 10.7
Spar-Mischung 20% Bohnen- 40% Bohnen- 80.7	Frische Eier (Ausland)	Rote Radieschen . . . 3 Bund 20.7
Spar-Mischung 40% Bohnen- schwer Pfund 1.20	10 Stück 72.7	Citronen 10 Stück 40.7
Tee Sumatra-Java-Mischg. 1. Pak. 100.0 1.-	Frische Eier (Holland)	Bananen Pfund 50.7
Tee Ostfriesische Mischg. 1. Pak. 100.0 1.25	extra schwer 10 Stück 92.7	Spargel Tagespreis . 55.7 40.7 30.7

Saftschnitten zum Spargel 85	Fleischkonferven 78
unsere bekannte Qualität ½ Pfund	1. Sport u. Wanderung, 20 Sort. z. Aussch. Dosen

Limburger bei ganzem Laib Pfund 35.7	Delikatesswürstchen „Tietz Rekord“ Dose 5 Stück 50.7	Gefüllte Dessert-Tafeln Stück 25.7
Emmentaler o. Rinde „Sch.“ 55.7	Dörrfleisch mager Pfund 1.-	Pfefferminz Mischg. m. Schokolade ¼ Pfund 25.7
Mecklenburger Faßbutter Pfd. 1.68	Rippenspeer Pfund 1.30	Pfefferminz Fondant . . ½ Pfund 40.7
Tilsiter vollfett mit Rinde, ¼ Pfund 60.7	Rot u. Leberwurst ¼ Pfd. 15.7 Pfund 55.7	Krokant Stäbchen u. Plätzch. ¼ Pfund 25.7
Dänisch. Blasenschmalz Pfund 75.7	Aufschnitt ¼ Pfund 60.7 ¼ Pfund 45.7	Mokkasahne-Bruchschok. ¼ Pfund 35.7
Erdnuß-Schmalz Pfund 54.7	Junggesellenplatte 95.7	Milch-Blockschokol. großer Block 50.7

Landbutter 1.25	Himbeersaft offen vom Faß: Liter 1.35	Saure Drops, Himbeer. ¼ Pfund
frisch Pfund	Zitronensaft gesüßt, Pl. 1.25 75.7 45.7	Gefüllte Bonbon-Misch. 35.7
	Hertie Spezial-Bowlensekt mit Steuer ¼ Flasche 1.80	Eisbonbons gewickelt

Unsere Lebensmittel-Abteilung untersteht der ständigen Kontrolle des vereidigten Lebensmittel-Chemikers Herrn Dr. Mangler

Wichtige Fingerzeige

für lange Abende bei schlechtem Wetter: Bleibe zu Hause, lies ein gutes Buch oder eine gute Zeitschrift. Alles, was Du dazu brauchst liefert Dir die bekannte Volksfreund-Buchhandlung, Waldstraße 28, Fernruf 7020/21

Regenmäntel

keine Größen
Mk. 5.- an
Damenmäntel
Mk. 10.- an
Tegenschirme
Mk. 3.50 an

Daniels
Konfektionshaus
Wilhelmstraße 36
1. Treppe
Ratenkaufabkom.

Seltene Gelegenheit!
Hilflos - Mägen-
Einrichtung - prima
Schneearbeit 4 200
3. erit. unt. K716 Solts

Gut Herrentad
zu kaufen gesucht
Angebot unt. Nr. 4076
an den Volksfreund

Zum Pfingstfest

kaufen Sie Ihre Schuhe am besten bei

Schuh-Zepp

Zähringerstr. 31, Nähe Kronenstr.

Ich gebe auf alles
5 Proz. Rabattmarken

Nur einige Beispiele:
Herrn-Halbschuhe, braun und schwarz, weiß, gedoppelt
Damenspannen in braun und schwarz **8.90**
Damenspannen in feinen Modelfarben **9.50**
Herrschuhe in allen Farben zu billigen Preisen Z. B.: 27-30 31-35 **4.90** **6.50**

sowie meine bekannten **Battensolts-Schuhe** mit Einlagen schon v. **12.50** an

Jeden Tag neue Stoffe

Jeden Tag neue Ideen

Wolle — Seide — Kunstseide — Baumwolle
Größte Leistungsfähigkeit in Auswahl, Geschmack und Preis

Leipheimer & Mende

Das Weltbild der Gegenwart

COLUMBUS-ERD-GLOBUS

30 cm Durchmesser mit Messingmeridian und Kompaß
Stabiles Modell
RM. 28.-
Bequeme Zahlungsbedingung

Volksfreund-Buchhandlung
Waldstr. 28, Fernruf 7020/21

Bei Ihren Einkäufen berücksichtigen Sie die Interessen dieser Zeitung!

Mietervereinigung Karlsruhe (e. V.)

Geschäftsstelle (nur briefl.): Samstagsstr. 28, 30. 11. Sprechstunden jeden Montag u. Freitag im „Kaffee-Nowack“, jeden Mittwoch „Unter den Linden“ Ecke Yorkstr. u. Kaiserallee jeweils v. 6-7 Uhr.

Eitlinger Anzeigen

Bekanntmachung.
Die Mitglieder unserer Anstalt werden hiermit zu der am Freitag, den 5. Juni 1.3., nachmittags 5 ½ Uhr, im „Gasthaus zum Hirsch“ in Eitlingen stattfindenden

Ausschluß-Sitzung
eingeladen. Persönliche Einladung der Ausschlußmitglieder erfolgt gleichzeitig.

Tagesordnung:
1. Berichterstatter über das Rechnungsjahr 1930.
2. Bericht der Rechnungsprüfungskommission und Abnahme der Jahresrechnung pro 1930
3. Bericht über die derzeitigen finanziellen Verhältnisse der Anstalt.
4. Aenderung des § 30 Absatz III der Satzung.
5. Verschiedenes

Anträge sind bis längstens Mittwoch, den 27. Mai 1.3., nachmittags 6 Uhr, anber zu bringen.
Eitlingen, den 20. Mai 1931.
Allgemeine Ortskrankenkasse Eitlingen
Der Vorsitzende des Vorstandes,

Drei Ausnahme-Tage

Donnerstag - Freitag - Samstag

Well's so gut schmeckte nochmals

2 Pfd. Eier-Spaghetti 1.00 Mk.
Bruch

1 Pfd. Eierspaghetti 1.00 Mk.
Bruch

1 Pfd. Mischobst 1.00 Mk.

Besonders preiswert
Blutwurst Pfund 50 S.
Speck geräuchert Pfund 80 S.

... und 5% Rabatt

Pfankuch



Groß-Karlsruhe



Gemeindliche Selbstverwaltung oder Diktatur

Ein vorzüglich verlaufener kommunalpolitischer Abend der Sozialdemokratie Einstimmige Annahme einer Vertrauensresolution für die sozialdemokr. Bürgerausschussfraktion

Auf eine gutbesuchte und sehr anregend verlaufene Parteiverammlung, die gestern abend im „Elefanten“ stattfand, kann die Karlsruher Sozialdem. Partei zurückblicken. Auf der Tagesordnung stand zwar nicht die Reichs- oder Landespolitik, sondern die Karlsruher Gemeindepolitik. Der gute Besuch erbrachte den erfreulichen Beweis, daß die Parteigenossenschaft nicht nur den Reichs- und Landesfragen Interesse entgegenbringt, sondern in nicht minderer Weise den Karlsruher Rathausfragen. In einem ausgezeichneten Referat behandelte Genosse Stadtrat Töpfer nicht nur die Stabsarbeiten anlässlich der Voranschlagsberatung, sondern er unternahm auch mit der Versammlung einen geistigen Spaziergang durch den Voranschlag. Er machte dabei Halt bei den wichtigsten Positionen, würdigte sie einer genauen Betrachtung und präziserte die Stellungnahme der sozialdemokratischen Vertretung zu verschiedenen Punkten. Die sozialdemokratische Fraktion habe ihre Arbeit stets darauf eingestellt, für die arbeitende Bevölkerung so viel wie möglich herauszuholen. Besonders hob er auch hervor, daß die Sozialdemokratie sich vor der Verantwortung nicht drücken dürfe und alle tun müsse, daß der Voranschlag nicht vom Staatskommissar aufgestellt werde im Interesse der Selbstverwaltung der Gemeinde und nicht zuletzt auch im Interesse der arbeitenden Bevölkerung.

Der Vortrag fand allseits großes Interesse und wurde mit lebhaftem Beifall verhandelt.

Aber nicht nur das Referat gestaltete sich sehr anregend, sondern auch die nachfolgende **Ausprache** stand auf beachtenswerter Höhe. Von mehreren Rednern wurde der Tätigkeit der Fraktion Anerkennung gezollt, die die ganze Versammlung durch einstimmige Annahme einer **Vertrauensresolution** noch besonders unterstrich.

Der Referent Genosse Stadtrat Töpfer

wies eingangs seines Referates auf die Veränderung in der Zusammenstellung des Bürgerausschusses nach den Wahlen hin. Vorher hatten wir mit dem Zentrum die Mehrheit, nach den Wahlen ging sie aber verloren. Die Situation war also eine veränderte. Das haben wir auch bei unserem Oberbürgermeister gemerkt. Daß die Kommunisten und Nationalsozialisten zusammenarbeiten, geht aus dem bekannten Vorgang anlässlich der Weihnachtsbeschlüsse für die Erwerbslosen hervor. Als unser Deckungsanschlag für diese Beihilfen kam, nämlich Erhöhung der Umlage, da stimmten beide Parteien dagegen. Ein weiterer Antrag der Nazis betraf, daß marxistische und sozialistische Zeitungen und Zeitschriften nicht mehr in Stadt, Büros ausgesetzt werden; weiterhin, daß in der Stadt Wirtschaft nur lokale Kleinzeitschriften kommen, ebenso nur Bier, die aus dem Ausland kommen hergestellt sind. In der Praxis läßt sich mit derartigen Anträgen nichts anfangen.

Gen. Töpfer erinnerte sodann an die Situation im Februar ds. Js., als es galt.

Bedung für den Mehraufwand der Fiskus
zu erhalten. Nach Ablehnung der Bürgersteuer und der Getränkesteuer durch den Stadtrat hat bekanntlich der Landeskommissar diese Steuern einzuführen. Anlässlich der

Voranschlagsberatung im Stadtrat
stellte sich die sozialdemokratische Fraktion und die Zentrumsfraktion auf den Standpunkt, den Voranschlag parlamentarisch zu erledigen, also vor den Bürgerausschuss zu bringen und damit das Ziel der Nazis und der KPD zu durchkreuzen, deren Absicht war, recht lange über den Voranschlag im Stadtrat zu diskutieren und ihn dann am Schluß doch abzulehnen. Vor allen Dingen mußte verhindert werden, daß der Staatskommissar den Voranschlag festsetzt, denn bei derartigen Voranschlägen kommen bekanntlich die sozialen und kulturellen Belange zu kurz, ganz abgesehen davon, daß den Gemeinden, die einen Zwangsbeitrag vom Staatskommissar festgesetzt erhalten, wenig Kreditwürdigkeit haben. Für uns galt es weiterhin, die

Verdoppelung der Bürgersteuer zu verhindern.
Neben der Sozialdemokratie und dem Zentrum haben auch die Deutsche Volkspartei — allerdings ohne Hinzutun des Stadtr. Bauer —, Evans, Volksdienst und Staatspartei dem gleichen Ziele zugestrebt. Des weiteren wurde eine Kontinuität der Redezeit zu den Voranschlagsberatungen vereinbart.
Gen. Töpfer ging hierauf auf den

Standal anlässlich der Voranschlagsberatung
ein und schilderte die Vorgänge, wie sie sich abgetragen haben. Er hob besonders hervor, daß der nationalsozialistische Stadtr.ordenobmann keine Stellung des Stadtr.ordenobmanns zum Voranschlag vorgetragen hat, weil der Nazi-Obmann einfach davon nichts versteht. Wir Sozialdemokraten verlangen, daß alle Schuldigen an der Schlägerei bestraft werden und eine andere Geschäftsordnung zur Einführung kommt. Daß die sozialdemokratischen Bürgerausschussmitglieder sich nicht an der Schlägerei beteiligten, war ganz selbstverständlich, mögen die Kommunisten deswegen darüber schimpfen wie sie wollen. Die kommunistischen Verdächtigungen gegen uns sind als Gemeinheit zu bewerten.
Redner wandte sich dem

Voranschlag 1931/32
zu und konstatierte vor allem, daß die Finanzen der Stadt gesund sind. Wenn vor den Wahlen die Nazis und die Kommunisten von

der schwarz-rotten Korruption schimpften, so geben die Nazis heute zu, daß die Finanzen in Ordnung sind, was selbst der Naziabdrat Stäbel bestätigte.

Einem breiten Raum der Ausführungen des Redners nahmen die **Steuern**

ein. Vom Reich wurden wir gezwungen, eine Umlageentlastung vorzunehmen, trotzdem Karlsruhe schon vorher eine der niedrigsten Umlage hatte. Sie konnte aber nicht höher sein, wenn sich weitere Industrie ansiedeln sollte. Hier mußte Entgegenkommen gezeigt werden, was aber auch zur Folge hatte, daß der schon anlässlich der Industrie keine Umlagerhöhung aufgebürdet werden konnte. Nicht übersehen darf werden, daß neben der Umlage auch noch Gebühren bezahlt werden müssen, wie Kanals-, Straßenreinigungsgebühren usw. Die Senkung der Realsteuer war ein Unfug, es wäre besser gewesen, man hätte die Gebäudesteuer etwas abgebaut und diese Summe zu Reparaturen für die Häuser verwendet. Durch die Senkung der Realsteuer haben die Steuerzahler etwa 50 000 M. erspart, dafür erhalten sich durch Mindereinnahme der Stadt Aufträge von ganz gewaltigen Summen weniger. So sollten an öffentlichen Gebäuden Reparaturen vorgenommen werden, die aber durch die Vermögenserhöhung nicht vorgenommen werden können. Die Stadt hat aus Steuern ca. 1 Million und aus dem Betrieb 1,7 Millionen Mark weniger an Einnahmen zu verbuchen. Die händl. Betriebe liefern 4 Millionen Mark ab, aus Reichsüberweisungssteuern kommen 3 Millionen herein und aus Umlage 3,4 Millionen. Damit ist aber auch bewiesen, insbesondere unter Berücksichtigung der Bürgersteuer, wie ungesund die Behauptung ist, daß diejenigen die Ausgaben bestreiten, die nicht für Deckung aufkommen. Die Nationalsozialisten haben den Antrag eingebracht, daß zur teilweisen Ausbalanzierung des Voranschlags die Erneuerungsfonds der Werke herangezogen werden sollen. Die Annahme eines solchen Antrages hätte zur Folge gehabt, daß die folgenden Jahre für Erneuerungen hätten annehmen aufgenommen werden müssen. Ebenso untauglich ist der weitere Vorschlag der Nazis, den Fuhrpark zu verkaufen und den Erlös der Wirtschaft auszuführen. Man kann den Fuhrpark aber nur einmal verkaufen, so daß nächstes Jahr diese Summe wieder gekehrt hätte und zudem hätten wir den Fuhrpark los.

Ein wichtiger Posten bildet auch die **Schule**, für die 3,8 Millionen Mark auszugeben werden. Auch auf dem Gebiete des **Wohnungswesens** hat die Stadt recht viel geleistet, wenn auch manches zu kritisieren ist. Es wurden nun insgesamt gebaut: 6181 Wohnungen, davon 3640 von privaten Bauherren und 2541 von Bauvereinigungen. Ganz gewaltige Summen verfliegen die

Wohlfahrtspflege.
Im Voranschlag sind dafür 6,7 Millionen Mark vorzusehen. Tatsache ist, daß zur Zeit täglich für die Fürsorge 26—27 000 M. ausgegeben werden.

Die finanzielle Lage der Stadt
Dazu wies Redner darauf hin, daß die Stadt Karlsruhe über ein Reinertrögen von 70 Millionen verfügt, also finanziell gesund dastehet.
Wenn die KPD. erklärt, daß sie dem Voranschlag nicht zustimmen könne, weil die Zustimmung ein Vertrauensvotum für das Kabinett Brünning darstellen würde, so muß darauf hingewiesen werden, daß Brünning mit dem Voranschlag nichts zu tun hat und der Voranschlag außerordentlich wichtige Positionen für die arbeitende Bevölkerung enthält, wie: Wohlfahrtspflege, Schulen, händl. Betriebe, Arbeitersekretariat, Arbeiterport, Erholungsheime, Volkshochschule, freie Totenbestattung usw.
Nochmals der Bürgersteuer zugewandt, ist Redner der Ansicht, daß dieselbe nicht mehr den Charakter der ursprünglichen Kopfsteuer hat, was auch beachtet zu werden verdient. Eine Erhöhung der Straßenbahn-, Gas-, Wasser- und Stromtarife war unmöglich. Wenn Reich und Länder auch die Arbeitsfürsorge den Gemeinden

überlassen, dann dürfte die Verdoppelung der Bürgersteuer unter den obwaltenden Umständen keine Frage mehr sein.
Gen. Töpfer schloß mit dem Hinweis, daß die sozialdemokratische Bürgerausschussfraktion alles getan habe, um für diejenigen, die nicht mehr im Arbeitsprozess stehen, zu sorgen. Und wenn die Partei für die Erhaltung der Realbetriebe eintrete, so habe sie auch ein Stück Sozialismus erfüllt.

Das ausgezeichnete Referat fand ungeteilten Beifall. Vor Eintritt in die Diskussion wies Gen. Koch noch darauf hin, daß im Voranschlag die Straßenbahn als Zuschußbetrieb erscheine. Dabei sei zu beachten, daß die vollen Gehaltszüge, also nicht die abgebauten, in Rechnung gestellt sind. Dasselbe sei auch beim Gaswerk der Fall. In Wirklichkeit gleichen sich auch bei der Straßenbahn die Einnahmen und Ausgaben aus.

Die Ausprache

Genosse Graf fragte an, ob tatsächlich die Bürgersteuer verdoppelt und die Getränkesteuer erhoben werden wird.

Genosse Böhringer dankte dem Genossen Töpfer für seine spezialisierte Berichterstattung über den Voranschlag. Aus maßgeblichen Gründen wäre es allerdings bestimmten politischen Parteien lieber gewesen, wenn der Landeskommissar den Voranschlag diktiert hätte.

Genosse Thomae gab seiner Sorge Ausdruck, daß die gemeindlichen Finanzen vielfach schon durch die kommende Winterperiode mehr noch als bisher zu den Sozialisten herangezogen werden. Es sollte alles versucht werden, damit an den Sozialausgaben nicht auch noch Kürzungen kommen, die sich auf den einzelnen Sozialerwerbempfang geradezu katastrophal auswirken könnte. Über sollten wir steuerliche Erhöhungen in Kauf nehmen als Kürzungen an den Sozialausgaben auszuführen. Die Gemeinden sollten darauf bedacht sein, daß sie sich nicht selbst ihr Selbstverwaltungsrecht nehmen.

Genosse Dr. Remmele behandelte die Rathausfrage als kommunalpolitischen Seiten unserer politischen Verhältnisse. Nur Zentrum und Sozialdemokraten treiben heute verantwortungsbewusste Politik. Die Nationalsozialisten wollen im wesentlichen mit ihren Methoden den Gedanken der Selbstverwaltung zerstörend treffen. Finanzpolitisch ist die Lage im Reich so ernst, daß bei weiterer Gleichmäßigkeit der Rücklagen der Steuereinnahmen das Reich vor außerordentliche Entschärfungen gestellt wird.

Genosse Schulenburg zeigte eindringlich die Gefahr auf, die der Selbstverwaltung der Unterhaltungsunternehmen droht. Schon heute müßte gegen den Wahn weiterer sozialer Belange Vorgegriffen werden. Es sollte unbedingt Arbeit und Brot für die Arbeitslosen geschaffen werden und zur Deckung der Kosten für etwaige Projekte können Anleihen ausgenommen werden.

Genosse Büsch wünschte die volle Einigkeit aller Kraft der Partei zur Beschaffung von Arbeit.
Genosse Diejer gab ungeschminkt der Stimmung der arbeitenden Menschen in den Betrieben Ausdruck. Leider wählten sich die bittersten Menschen in ihrer Stimmung ihre Messer selber, wie es deutlich der Wahlausgang in Oldenburg zeigt.

Genosse Schmidt äußerte kritische Bemerkungen über den Ausbau der sozialen Belange.

Genosse Schmidt trat einer Verdoppelung der Bürgersteuer entgegen und wünscht schnellere Umkehrung der Parteipolitik über die Stellung der Partei in gemeindlichen Angelegenheiten.

Genosse Thomae führte ganz richtig aus, daß es die Sozialdemokratie war, die der Bürgersteuer etwas sozialeren Charakter gegeben hat.

Genosse Böhn meinte, daß mit dem Zentrum immerhin noch eine bessere Sozialpolitik gemacht werden kann als mit der Volkspartei. Die Nationalsozialisten unterliegen nur die private Wirtschaft, nicht aber die gemeindlichen, trotzdem viele Nazis in Genossenschaftswohnungen sich befinden.

Genosse Töpfer führte im Schlußwort zunächst auf die Anfrage des Genossen Graf aus, daß er glaubt, daß die Sozialdemokratie auch in der Zukunft eine Verdoppelung der Bürgersteuer verhindern kann, was auch bei diesem Voranschlag durch unsere Taktik geschehen könnte. Zu wünschen wäre, daß die Genossen aus ihren gewählten Ämtern auf dem Rathaus etwas mehr Vertrauen hätten. Die produktive Erwerbslosenfürsorge ist immer besser als die reine Erwerbslosenfürsorge.

Ein Antrag, der sozialdemokratischen Bürgerausschussfraktion das Vertrauen auszusprechen, fand einstimmige Annahme.
Genossin Fischer ermahnte die Anwesenden, der Arbeiterbewegung mehr Beachtung zu schenken.

Gegen 11 Uhr konnte Genossin Koch die ebenso harmonisch verlaufene wie interessante Versammlung schließen.

Geschichtskalender

21. Mai.
1506 † Christoph Columbus. — 1639 † Th. Campanella, fos. Ufer. — 1855 † Belgischer Dichter Em. Verhaeren. — 1871 Beginn Pariser „Blutigen Woche“. — 1920 Kommunistische Woche von Reichswehr erschossen. — 1926 Ausschluß 23 sächsischer Landtagsabgeordneten aus der SPD.

Pfingstverkehr

Wie alljährlich hat die Reichsbahn zur Bewältigung des Pfingstverkehrs umfangreiche Vorkehrungen getroffen. Zu einer Reihe von Zügen, die erfahrungsgemäß stark benützt werden, sind Ergänzungszüge als **Vor-** und **Nachzüge** vorgezogen. Diese Züge werden den Reisenden durch entsprechende Beschilderung als **Vorzug (Vz.)** oder **Nachzug (Nz.)** kenntlich gemacht. Planmäßige Züge, zu denen Ergänzungszüge nicht vorgezogen sind, werden bei Bedarf bis zur Höchstgrenze ausgelastet. Das Personal auf den Bahnhöfen und in den Zügen wird verstärkt. Durch verstärkte Bedienung der Schalter wird für eine flote und schnelle Fahrkartenausgabe Sorge getragen. Im übrigen können Fahrkarten auch an Tagen vor Eintritt der Reise gelöst werden, denn sie gelten abgesehen 4 Tage einschließlich des Abreisetages, Zweck schneller Abfertigung der Züge auf den Bahnhöfen hat das Bahnpersonal das Zugbesetzerpersonal beim Öffnen und Schließen der Wagentüren zu unterstützen; nötigenfalls wird auch außer Dienst fahrendes Zugbesetzerpersonal zur Mittelfürsorge herangezogen. Die Bahnhöfe am Ende der Betriebsämter sind ermächtigt, nicht erforderliche Ergänzungszüge des Abverkehrs ausfallen zu lassen und in dringenden Fällen

weitere Ergänzungszüge einzusetzen. Im Bezirk der Reichsbahndirektion Karlsruhe sind für die Zeit vom 21. bis 27. Mai insgesamt etwa 250 Ergänzungszüge vorgezogen. Es handelt sich hierbei an den Tagen vor und nach den Feiertagen hauptsächlich um Ergänzungszüge zu Schnell- und Eilzügen zur Bewältigung des Fernverkehrs, am Pfingstamstag und an den eigentlichen Feiertagen in der Hauptsache um Ergänzungszüge zu Personenzügen zur Bewältigung des Nahverkehrs.
Des weiteren sei darauf aufmerksam gemacht, daß die Schnellzüge an Pfingsttagen in der Zeit von Freitag vor Pfingsten bis Dienstag nach Pfingsten mit **Sonntagsfahrplänen nicht benutzt werden dürfen**; ausgelassen sind für nur im Verkehr Reichsbahn-Straßenbahnen-Reichsbahn.

(1) **Katastrophales Erdbeben.** Die Seismographen des Kartographischen Vereins des Geodätischen Instituts der hiesigen Technischen Hochschule registrierten gestern früh ein äußerst starkes Erdbeben. Die ersten Vorläuferwellen erreichten 3,27 Uhr, die zweiten 3,31, 15 Uhr die Station. Der Beginn der langen Welle fiel auf 3,34 Uhr. Die Aufzeichnungen über die Maximalbewegung waren von einer solchen Stärke, daß die Registrierungen an der einen Komponente zeitweilig ausfielen. Gegen 5 Uhr kamen die Apparate wieder zur Ruhe. Die Epizentralentfernung beträgt etwa 2200 Kilometer. Nach den Aufzeichnungen hat das Beben einen katastrophalen Charakter. Sein Herd lag nach vorläufiger Berechnung in Kleinasien oder auf der Halbinsel Krim zu suchen.

(2) Die Reichsbahnstelle hat am Samstag ihre Geschäftsstunden geschlossen. (Siehe Anzeiger.)

Im Kleide von TIETZ das heißt geschmackvoll gekleidet sein und Geld gespart haben.

Sommer-Kleider bedruckte Kunstseide, in Pastellfarben	6 ⁹⁰	Sport-Kleider aus Noppen-Kunstseide, in sparten hellen Farben	9 ⁷⁵	Schotten-Kleider mit eleganter Georgette-Garnitur und langen Ärmeln	19 ⁷⁵	Georgette-Komplets Kleid in langer Form, mit Jackchen, große Tupfen-Muster	29 ⁷⁵
----------------------------------------------------------	-----------------	------------------------------------------------------------------	-----------------	------------------------------------------------------------------------	------------------	-------------------------------------------------------------------------------	------------------

Wer will der 10 000. Stadtgarten-Abonnent sein?

Die Abonnentenzahl der Stadtgartenbesucher ist wieder so hoch, daß in den nächsten Tagen die zehntausendste Karte an einem der beiden Eingänge bestellt werden dürfte.

Dem zehntausendsten Abonnenten soll, wie in den Vorjahren, eine hübsche Planze aus dem Stadtgarten überreicht werden. An dem Glücksspiel sind sämtliche Väter von Jahreskarten beteiligt, seien es nun Hauptkarten, Studentenkarten, Rentnerkarten oder Schülerkarten.

Milchpreis und Arbeitslose!

Nachdem schon von verschiedenen Seiten und in allen Tageszeitungen über die Milchpreise in Karlsruhe geschrieben wurde, so dürfte es als Arbeitsloser auch gestattet sein, sich einmal zu der Frage zu äußern. Wenn man die ganze Kritik über die Milchpreise, mit den gegenseitigen Beschuldigungen als Unparteilicher verfolgt, so kommt man zu der Überzeugung, daß bei einigermaßen autem Willen eine Verbilligung seitens aller daran Beteiligten — Landwirt, Milchzentrale und Milchhändler — ganz auf möglich wäre und ein Preis von 26—28 Pf. leicht zu erzielen sein würde.

Bei direktem Absatz der Milch vom Produzenten an den Konsumenten wird man einwenden, daß dieses vom hygienischen Standpunkt aus nicht mehr möglich sei, da ja nachgewiesenermaßen durch die Behandlung der Milch in den Zentralen vielen Krankheiten vorzubeugen wird. Ja, wo sind denn heute die Hygieniker, die sich für die Kinder, Kranken und Stiefen einsetzen, denen es nicht möglich ist, infolge ihrer sozialen mißlichen Lage, sich das kostbare Ernährungsmittel zu beschaffen, der ihrem kranken Körper so dringend notwendig wäre? Oder glaubt man mit den schönen Milchplakaten und Aufklärungsartikeln über die Vorzüge der Milch sei es getan? Mit schönen Plakaten und Worten ist nichts anzufangen, Taten möchten wir sehen! Gerade wir Arbeitslose müssen es als eine Verdünnung betrachten, wenn wir die Plakate sehen, mit dem Aufdruck „Trinkt mehr Milch“, wo wir bald kein Geld für schwarzen Malzkaffee haben. Man rufe sich also in der Milchpreistrage endlich auf zur Tat, wie dieses auch der Offenburger Stadtrat getan hat.

(2) Mai-Ausflug des Sängerbund Vorwärts. Wie alljährlich unternahm dieses Jahr am vergangenen Sonntag der Sängerbund Vorwärts seinen Maiausflug in den Hardwald. Machtig auch der Himmel frühmorgens kein gerade freundliches Gesicht, so waren es doch hunderte, die sich am Sammelplatz einfanden, um einen Mai Morgen in frischer Waldluft bei Spiel und Gesang zu verbringen. Der Musikverein Karlsruhe hatte sich in ungewöhnlicher Weise zur Verfügung gestellt und so sang es denn mit Hinnehmendem Spiel durch die Stadt dem Hardwald zu. Auch Petrus hatte Gefallen an dem schönen Frühkonzert, denn als der nächste Zug sich dem Kastplatz näherte, ließ er die Sonne durchbrechen und nun entwickelte sich beim schönsten Sonnenschein ein fröhliches Treiben. Radfahrer wurden ausgesandt und bei einem vorzüglichen Stoff Frühstück, bei starker Musik und Gesang verlag nur allmählich die Zeit. Der Bruderverein Frohsinn-Bund hatte es sich nicht nehmen lassen, durch Vortrag einiger Vieder den Aufenthalt zu verschönern, es sei dabei auch ihm, sowie seinem rührigen Dirigenten, Herrn Küst, an dieser Stelle herzlich gedankt. Auch dem Musikverein Karlsruhe, der stets bereit ist in wohlwollender Weise Arbeiterfeste zu verschönern, sowie seinem tüchtigen Leiter, Herrn Leonhardt, besten Dank. Die schönen Stunden sind verfliegen, die Teilnehmer wieder ins tästliche Einzel zurückgekehrt. Aber alle, die dabei waren, freuen sich heute schon auf den Mai 1932 zur Teilnahme am nächsten Maiausflug des „Vorwärts“.

Lichtspielhäuser

Heute Donnerstag ist letzter Spieltag des Krimifilmfestivals „Täter gesucht“, ein Film, der die beste Kritik verdient und der auch überall großen Anklang fand. Morgen Freitag zieht wieder Frohsinn und Arbeiterfest mit dem neuen Programm in die Heidenberg-Lichtspiele. Der neue Patagon ist dieses Mal die Freudenpender in ihrem neuen Pat- und Patagon-Film beteiligt: „Pat und Patagon auf Freiersfühen“. Der Film, der gleichzeitig mit der Berliner Uraufführung hier über die Bühne zu gehen und zu hören ist, dürfte sicherlich auf Mit- und Jungtöne großen Anklang finden. Zwar sprechen die zwei dänischen Künstler in ihrem neuen Film nicht mit ihren 1000 Worten deutsch, die sie zu ihrem ersten diesjährigen Film lernten, würden sie doch nicht ausweichen, um all ihre Streiche durch Worte noch zu erläutern.

Die Schauburg

Bringt über die Bühne nochmals den tollen Militärschauspiel „3 Tage Militärdienst“, der es zur Zeit in allen Städten zu wochenlangen Laufzeiten bringt. Einen beachtlichen Besuchererfolg hat es nach der 3. „Sitzung“ so folgendem poetischen Gruß geschrieben:

Wer nie an der Theaterkasse der Kammerlichtspiele Schlang stand, wer nie in vollgeproppten Reihen sich lachend auf dem Stuhle wand. Wer nie gesehen den Film der Filme, den sollen Schläger „Mittelstreck“, wer nie geschmeckt hat Freudenstrahlen, die Brestart hat herausgebracht. Wer nie belacht hat die Geschichte der Käsin, die den Vater sucht, Wer nie noch beim Nachhinein gelächelt hat lachend auf die Schenkel schlag. Wer nie — fast sag ich — wie im Spiegel erlebt den Witz der Fortkriegszeit durch diese hohen dunklen Eililien in prachtvoller Natürlichkeit. Wer nie gesehen die Seele Englands, den Fritz Schult, die Yda Hoff, wer nie kann in Erinnerung kommen von diesen Stunden ewigen Glücks, Wer nie erzählt voll Stolz den Freunden von dem Erlebnis ein'ger Art, Wer gar die Worte, voll des Lobes, für diese Sache hat gehört, Wer wohl verdammt bevor er herbe, sich diesen Schläger anschauen und gibt nicht Erder keinen Erben, bestimmt nicht dran vorbei zu gehn, Wer niemals sich Erholung gönnet, Entspannung in dieser miefen Zeit, sich selbst vernichtet — statt zu leben, durch Selbstverzicht auf Fröhlichkeit. Der Heide, was er hat zuvor, ein armer, wirklich armer Lenz!

Wiso ab Samstag: Laughs über der Schauburg!

Gewerkschaftliches

Der Kampf der Textilarbeiter in Nordfrankreich

SPD. Paris, 20. Mai. (Via Draht.) Die Zahl der streikenden Arbeiter im nordfranzösischen Textilgebiet hat sich, wie zu erwarten war, am Mittwoch weiter erhöht. Sie beläuft sich auf etwa 113 000 Mann. Von den 210 Fabriken in Roubaix sind nur noch 10 Spinnereien, mit zusammen 6000 Arbeitern, und in Tourcoing, von 180 Fabriken nur noch 8 mit zusammen 6000 Arbeitern im Betrieb. In den übrigen Orten ruht die Arbeit so gut wie vollkommen. In Roubaix haben sich am Mittwoch die Rollentulphäber der Streikbewegung angeschlossen. Der einzige Zwischenfall, der bisher zu Verletzungen war, hat sich in der Nacht zum Mittwoch in Roubaix ereignet. Streikende waren dort mit Steinen die Fensterhebel einer Fabrik ein, in der gearbeitet wurde. Polizeipatrouillen konnten die Ordnung rasch wieder herstellen.

Die christlichen Gewerkschaften haben den Arbeitsminister und den Ministerpräsidenten am Mittwoch um eine Vermittlungsaktion gebeten. Die sozialistischen Gewerkschaften wollten einen detaillierten Antrag nicht stellen, erklärten aber, daß sie sich der Regierung zur Verfügung stellen würden, falls diese sie zu hören wünsche. Die kommunistischen Gewerkschaften sind dagegen zu keinem Verhandlungsversuch bereit.

Paris, 21. Mai. (Zunf.) Das Textilfortschrittwerk von Roubaix-Tourcoing hat an den Arbeitsminister ein Schreiben gerichtet, in dem es für eine Wiederaufnahme der Verhandlungen mit den belgischen Textilarbeitern eintritt, die nach angeblich unzuverlässigen Nachrichten mit der Abschaffung der Anwesenheitsprämie einverstanden seien. Die Arbeiter haben also annehmend die Absicht, sich der belgischen Arbeiter, deren Zahl sich auf 43 000 beläuft, als Streikbrecher zu bedienen. Es ist zu erwarten, daß die belgischen Arbeiter auf dieses Angebot nicht eingehen werden. Der Verwaltungsausschuß des allgemeinen Arbeiterbundes (CGT) hat am Mittwoch eine Rundschreibung erlassen, in der erklärt wird, daß er die nordfranzösischen Textilarbeiter in ihrem Kampf unterstützen werde.

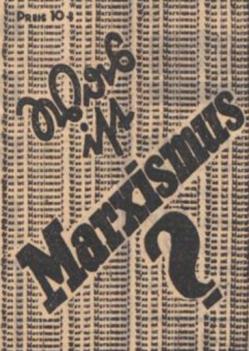
Krankheit ist kein Kündigungsgrund

Der Zentralverband der Angestellten schreibt uns: Ein entlassener Angestellter klagte vor dem Arbeitsgericht mit dem Hinweis, daß in seiner Kündigung eine unbillige Härte zu erblicken sei. Dem Kläger ist einige Tage nach seiner Krankmeldung gekündigt worden. Zunächst ist bei seiner Krankmeldung, bei der er ein ärztliches Urteil vorlegte, vom Arbeitgeber nichts geheißen. Dann aber erfuhr dieser, daß der Kläger zu Kollegen gekürt habe, „er wolle sich einen freien Tag machen“. In der Verhandlung wurde festgestellt, daß der Kläger tatsächlich diese Äußerung gemacht hatte, es wurde aber auch festgestellt, daß er wirklich krank war. Bei diesem Tatbestand gab das Gericht der Klage statt. Es stellte fest, daß die Äußerung des Klägers zweifellos unangehörig war. Da er aber tatsächlich krank war, konnte der Arbeitgeber nicht das Recht zur Kündigung ausgeprochen werden. Das Gericht kam vielmehr zu der Überzeugung, daß die Beflagte den Kläger nicht ungenommener Kläger nur durch eine geänderte Arbeitskraft erleben wollte und aus diesem Grunde die Kündigung ausgesprochen hatte. Die Beflagte wurde verurteilt, den Kläger wieder einzustellen oder an ihn eine Entschädigung von 250 RM. zu zahlen.

Wissen Sie, was Marxismus ist?

„... Sehr viele Redner, die in ihren Reden den Marxismus verdammen, und Literaten, die von der Kette gegen den Marxismus leben, wissen von Marxismus nicht viel mehr, als daß Karl Marx ein Jude gewesen sei, daß der Marxismus „international“ ist und daß er etwas mit dem „Materialismus“ zu tun hat.“ So schreibt Georg Deder im Vorwort einer Broschüre „Was ist Marxismus?“ (zu beziehen durch die Volksbuchhandlung). Scharf werden kann das „antimarxistische“ Kriessgeschrei nicht gedramatisieren. „Antimarxismus“ heißt heute in jeder Form Reaktion.

Diese Schrift muß jeder Sozialdemokrat gründlich lesen. Sie ist 16 Seiten stark, mit farbigem Umschlag versehen, und kostet nur 10 Pfennig. In der Volksbuchhandlung ist sie erhältlich.



Eine neue Broschüre der Partei!

„Antimarxismus“ ist Phrase, Nebelwahn, wenn nicht gar Fälschung. Umso verdienstvoller ist es, wenn in dieser Broschüre jenseitig Freund wie Feind in großen Zügen, aber klar und eindeutig gesagt wird, was Marxismus wirklich ist: „... Die Wissenschaft, die alle Geschichtswissenschaften in der menschlichen Geschichte und alle Wissenschaften der Umwandlung der bestehenden Ordnung ergründen will, um den Ausgebeuteten die Befreiung ihrer Arbeit, den Hungernden das Brot und den Leidenden das Glück zu schaffen, das ist Marxismus.“ Damit setzt Deder die Richtung auf, die wenig marxistisch das deutsche Volk orientiert ist, wie notwendig es ist, daß seine Staatsmänner endlich wirklich marxistisch denken und handeln lernen. Dem Nichtwissenden zur Aufklärung, dem Freunde zur intensiven Weiterbildung sei diese kleine 10-Pfennig-Broschüre „Was ist Marxismus?“ empfohlen.

Angestelltengewerkschaften fordern Beitragspflicht der Beamten zur Arbeitslosenversicherung

Berlin, 18. Mai. Die Angestelltenorganisationen fordern in einer Eingabe an die Reichsregierung u. a. die Beamten zu den Lasten der Arbeitslosenversicherung heranzuziehen. In der Begründung zu diesem Antrag wird u. a. darauf hingewiesen, daß mit größtem Nachdruck vor einer erneuten Kürzung der Anstelltenbesoldung gemarkt werden müsse. Die Angestellten der Behörden und öffentlichen-rechtlichen Betriebe müßten genau so wie die Angestellten der Privatunternehmen Beiträge zu den verschiedenen Sozialversicherungen zahlen. Sie erleiden dadurch schon eine Kürzung ihres Einkommens bis zu 13 Prozent. Trotzdem seien am 1. Februar d. J. die Gehälter der Behördenangestellten genau wie die der Beamten um 6 Prozent gekürzt worden. Durch diese Maßnahme und durch die seit Juli 1930 eingetretenen Erhöhungen der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung sei die Belastung der Angestellten um 4 Prozent höher als die der Beamten. Da also das Einkommen der Angestellten stärker vorbelastet sei als der Beamten, so müßten, wenn die Arbeitslosenversicherung weitere Mittelbeschaffung erfordere, ernsthaft in Erwägung gezogen werden, auch andere Kreise als die bisher beitragspflichtigen zu diesen Lasten heranzuziehen, und man könne dabei an den Beamten nicht vorbeigehen.

Der Mantelarifvertrag der Angestellten der Arbeitsämter

Er von der Reichsanstalt bereits im Dezember gekündigt worden. Die Gewerkschaften haben der Anstalt zu dem von ihr ausgearbeiteten Entwurf dieser Tage ihre Gegenentwürfe überreicht. Die Verhandlungen werden am kommenden Mittwoch fortgesetzt. Vier Monate brauchte die Reichsanstalt, um einen Entwurf für einen neuen Tarifvertrag auszuarbeiten. Der Entwurf weicht in vielen Bestimmungen grundtätlich von der zur Zeit noch gültigen Regelung ab. Entgegen der Ankündigung der Reichsanstalt, daß nur Ungleichheiten beseitigt und die bisherigen praktischen Erlassungen vermerkt werden sollen, zielt ihr Entwurf auf weitgehende Verbesserungen gegenüber dem bisherigen Zustand, die im Effekt nur auf eine indirekte neue Gehaltsentwertung hinauslaufen. Das alles paßt recht wenig zu den wiederholten Beteuerungen der Reichsanstalt, daß die Angestellten der Arbeitsämter seit Jahr und Tag übermenschlich viel Arbeit zu erledigen haben. Der Gesamtverband bemüht sich bei dem Bestehen der Reichsanstalt um den Abschluß eines Tarifvertrages, die Anstalt will aber davon allem Anschein nach nichts wissen. Wohl liegen einige verbindende Abmachungen vor — auch ein Schiedspruch —, worin zum Ausdruck gebracht worden ist, daß es Aufgabe der Verwaltung ist, den Abschluß eines Tarifvertrages herbeizuführen. Einstweilen wird jedoch bei der Reichsanstalt weiter gemurrt; Verhandlungen und Verhandlungen werden herausgegeben, in denen kein Mensch sich mehr zurechtfindet. Die Folge davon sind Mißstände, die allmählich recht lästig werden. Anfangs Februar hat die Reichsanstalt nach einer Aussprache mit den Vertretern der Organisation versprochen, zu dem ihr vorgelegten Tarifentwurf einen Gegenentwurf auszuarbeiten. Bis zum heutigen Tage ist dieser Gegenentwurf nicht sichtbar geworden. Die Reichsanstalt hat gewiß zur Zeit viel zu tun. So viel Zeit sollte ihr aber doch noch übrig bleiben, um eine Angelegenheit, die längst erledigt sein müßte, endlich einmal zum Abschluß zu bringen.

Die Lösung des Kohlenproblems

Paris, 19. Mai. Der französische Grubenarbeiterkongress in St. Etienne hat am Montag einstimmig eine Entschließung zur Lösung des Kohlenproblems angenommen. Der in der Entschließung vorgesehene Antrag auf Erhöhung der Kohlensteuer wurde fallen gelassen, nachdem er von dem Generalsekretär des Verbandes energisch bekämpft worden war. Statt dessen wurde eine allgemeine Verbilligung der Transporttarife für Kohlen beantragt. Ferner enthält die Entschließung den Antrag auf die allgemeine Einführung der Siebenstundentages in den Kohlengruben. In der Schlußsitzung des Kongresses, die am Montag nachmittag stattfand, wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, die die schnelle Berücksichtigung eines Gesetzes betr. die Gewährung eines bezahlten Urlaubs verlangt.

Veranstaltungen

Karlsruhe. Freie Turnerschaft (Fuhballabteilung). Freitag abend 8 Uhr, volkstümliche Spielerversammlung im Lokal „Gambinus“. Die alten Herren werden gebeten zu erscheinen, betriebs Spiel am Sonntag, 4128.

Durlach. Sozialdemokratische Partei. Freitag, 22. Mai, abends 8 Uhr, im Lokal „Zur Festhalle“, 2. Stad, Mitgliederversammlung mit Vortrag. Als Genossinnen, Genossen, Arbeiterpostler und Volksfreundler sind hierzu eingeladen. 1278

10 000-Kilometer-Fahrt durch Mitteleuropa.

Am 21. Mai 1931 beginnt die vom Autoclub von Deutschland veranstaltete internationale 10 000-Kilometer-Fahrt. Ein überraschend gutes Wetwetter wird rund 100 Fahrer zum Start nach Berlin rufen, und während diese Jellen gedruckt werden, sind schon die ersten unterwegs zu der großen und interessanten Fahrt. Für die Kraftfahrer, die die Veranstaltung durch die Schweiz, Frankreich, Spanien, Portugal, Italien, Jugoslawien und Oesterreich führt, bedeutet die Fahrt aber noch mehr als weltumspannendes Genießen. Unerhörte Kraftleistungen werden von Mensch und Maschine verlangt, die durchschnittlich 13 Tage unterwegs sind und nur in Rom zwangswise 24 Stunden ruhen müssen. Die 10 000 Kilometer bedeuten für den Fahrer den Beweis geübter Nerven, Ausdauer und Schynung, für die Maschine aber ist die Fahrt eine besondere Überalltauglichkeits- und Wirtschaftlichkeitsprüfung. Wie es immer geht, wird aber die Maschine treuer behütet, als der Mensch selbst. Wenn man auch mit einiger Sicherheit vorher sein Fahrzeug in allen seinen Teilen ausprobieren und gegen launische Zufälle möglichst sichern kann, so ist während der Fahrt die Maschine immer auf den richtigen Stoff angewiesen, der sie erst in Gang bringt. Vielfach waren Bestürzungen laut geworden, daß Stoffe, die in den anderen ausländischen Ländern nicht ausreichend vorhanden seien. Wie der A.D. oder melde, sind überall Benzol-Benzin-Gemische bzw. Benzol von den örtlichen Händlern bereitzustellen, ja selbst in Sabalos, einem kleinen Grenzort an der Grenze Spaniens und Portugals, liegen für die Fahrer Kanister mit Benzol und Benzol-Benzin-Gemisch bereit, um den in Portugal herrschenden Mangel auszugleichen. Für die Versorgung der Kraftfahrer hat man eine großartige Organisation ins Leben gerufen. Wie meist bei den letzten großen sportlichen Veranstaltungen steht Deutschland in der Beteiligung an erster Stelle. Trotz der schwer dardiederliegenden Wirtschaft ist deutsche Mut und deutsche Schaffenkraft immer wieder bereit, den Beweis hierfür anzutreten. Sicherlich begleiten die Bekanten sämtlicher sportliebender Deutscher die Fahrer, die sich auf diese Reise begeben haben, und wünschen ihnen eine glückliche und erfolgreiche Fahrt.

Der Hertie-Strumpf wer ihn einmal trug, kauft immer wieder diese Hausmarke von HERTIE

„Hertie“-Mako 145	„Hertie“-Seidentlor 195	„Hertie“-Rekord 195	„Hertie“-Gold 245
-------------------	-------------------------	---------------------	-------------------

GLORIA PALAST

Als Auftakt

zu den bevorstehenden Pfingstfesttagen

bieten wir ab heute etwas ganz Außergewöhnliches... einen unübertrefflichen Spielplan unter der Devise

Vergiß des Tages Mühsal und Not
... Lach' Dich halbtot

Und Sie lassen sich wirklich halbtot über die kunterbunten, lustigen, burlesken und verrückten Einfälle in der köstlichsten Tonfilm-Groteske des Jahres

Anny Ondra in:

Eine Freundin so goldig wie Du!

Eine quatschvergnügte, übermütige Angelegenheit nach dem bekannten -leichenartigen Schlager von Will Meisel. Die Elite der urwüchsigen Lustspiel-Kanonnen sind ihre Partner:

Andr. Pilot, Siegfried Arno, Felix Bressart, Teddy Bill, Wilh. Bendow, Adele Sandrock u. a.

Anny macht alles:
Anny >fährt Auto<
Anny >tanzt Tango<
Anny >singt<

Aber wie

Dafür gibt es nur ein Gebot:
Sehen Sie sich diesen Film an!

Außerdem das reichhaltige, komische und aktuelle Beiprogramm

Anfang: 8.30, 5, 7 und 9 Uhr. — Preise 90, 120, 150, 180, 200 Pfg. — Kleinrentner, Erwerbslose haben Ermäßigung Kühler Theatersaal

SCHAUBURG

Marienstr. 16 Telefon 6284

Endgültig nur noch heute und morgen:

Tänzerinnen für Südamerika gesucht!

Ein 100%iger deutscher Tonfilm

Bilder aus dem Bordellbetriebe Argentiniens, wie man sie nie zuvor gesehen hat, aufwühlend, empörend... Höhepunkte des Filmes

Spannend! Sensationell! Mir re Bänd!

Dita Paris bleibt auch im Tonfilm der Star.

Reizend trägt sie die beiden Lieder vor:
Weine nicht Mutterlein und Mein Herz hat Ausgang

Unsere Vorzugskarten haben bis auf Widerruf Gültigkeit.

Am Samstag, den 23. Mai, bleiben unsere Geschäftsräume von 12 Uhr ab

geschlossen

Reichsbankstelle

Am Pfingstsamstag, 23. Mai 1931 bleiben unsere sämtliche Geschäftsräume

geschlossen

<p>Badische Bank Bad. Kommunale Landesbank Baer & Elend Darmstädter und Nationalbank Filiale Karlsruhe</p>	<p>Deutsche Bank und Diskontogesellschaft, Filiale Karlsruhe und Depositionskassen Voll L. Homburger Straus & Co</p>
--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

7-Zimmer-Wohnung Wanzen?

mit Diele, Bad, Küche, 2 Kellern, 2 Mansarden, Eigenheizung samt üblichem sonstigem Zubehör im Erdgeschoß des Hauses Kochstraße Nr. 7 am 1. Juli 1931 zu vermieten. Näheres Katharinenstr. 54, Zimmer Nr. 54.

Wandervögel

Große Auswahl in 4131

Schlafdecken

per Stück
5.- 3.- 2.80 2.- 1.20

Lagerbesuch jedermann lohnend

Arthur Baer Kaiserstr. 193

Gegenüber Geschwister Gutmann Verkaufsräume nur 1 Treppe hoch

KAMMER LICHTSPIELE

Heute unübertrefflich letzter Tag des ebenso lustigen wie spannenden Sensations-Ton- und Sprechfilms

Im Kampf mit der Unterwelt

Das Geheimnis der Welt schlüsselt Hauptdarsteller: **Carlo Aldini** **Siegfried Arno** **Ernst Hald**, Ferd. von Alten, Ruth Weyher, Fritz Grüner etc.

Die Überraschung für alle Aldini-Freunde ist der Vortrag des Liedes „O Marie, o Marie“

Aufregend, spannend, sensationell vom ersten bis letzten Meter, u. a. Wechsellagerung zwischen D-Zug und Auto, den er einholt und zum Halten bringt.

Ferner **Wilhelm Dieterle** der überaus begabte u. beliebte Darsteller aus den größten Filmen in dem Volksdrama nach Ludwig Anzengruber

Der Pfarrer von Kirchfeld

Die Handlung spielt in den herrlichsten deutschen Gebirgsgegenden.

Beiprogramm

4121
Preise von 70-180 Pfg. Erwerbslose, Kleinrentner haben Ermäßigung. Anfahrtszeiten: 4.30, 6.15, 8.45 Uhr

Allgemeine Ortskrankenkasse Karlsruhe

Öffentliche Zahlungserinnerung

(Rahmung) 4110

Die Arbeitgeber haben satzungsgemäß ihre Ratenbeiträge für den abelaufenen Monat stets in der Zeit vom 4. bis 15. des folgenden Monats am Kassenschatler einzusahlen. Diejenigen Schuldner, welche mit der Zahlung für den abelaufenen Monat im Verzage sind, werden hiermit aufgefordert, längstens innerhalb 8 Tagen Zahlung zu leisten, andernfalls ohne Weiteres die Zwangsvollstreckung durchgeföhrt werden müßte. Eine Abholung der Beiträge findet nicht mehr statt.

Vorsteher der Rahmung gilt nicht für Arbeitgeber, welche die Beiträge innerhalb 3 Tagen nach jeder Lohnabzahlung an die Kasse abzuführen haben.

Karlsruhe, den 21. Mai 1931.

Der Kassenvorstand.



Konsumverein für Durlach u. Umg.

o. s. m. b. H.

Wir empfehlen unseren Mitgliedern für die 1276

Pfingst-Feiertage

unsere

feinst. Weizenmehle von der GEG-Mühle in Mannheim

Kristallzucker per Pfd. 31 Pfg.

Grießzucker per Pfd. 33 Pfg.

Würfelzucker per Pfd. 37 Pfg.

sowie sämtliche

Back-Artikel

Schwere holländ. Eier 10 Pfg.

per Stück

Feinste

Eierteigwaren

offen und in Paketen.

Schweizerkäse per 1/2 Pfd. 35 Pfg.

Prima Stangenkäse GEG per Pfd. 44 Pfg.

sowie andere Sorten in reicher Auswahl

Ganz besonders empfehlen wir unsere bekannten

Weiß- und Rotweine

sowie selbstgekelterten Most

Für die Wanderungen Dosenwurst, Hartwurst und Konserven in reicher Auswahl

Mitglieder! Deckt Euren ganzen Bedarf Leig. Geschäft. Der Vorstand

Warenabgabe nur an Mitglieder!

Schwere holländ. Eier 10 Pfg.

per Stück

Feinste

Eierteigwaren

offen und in Paketen.

Schweizerkäse per 1/2 Pfd. 35 Pfg.

Prima Stangenkäse GEG per Pfd. 44 Pfg.

sowie andere Sorten in reicher Auswahl

Ganz besonders empfehlen wir unsere bekannten

Speisezimmer

Vor einigen Tagen war es uns möglich, ein gebr. Wohnsimm. in Zahlung zu nehmen. Es handelt sich um ein gut erhaltenes eichen. Zimmer best. aus: 1 Büfett, 1 Credenz, 1 Tisch, 4 Lederstühle. Wir können Ihnen dieses Zimmer schon für 280.- anbieten. Eine sehr günst. Gelegenheit.

4085

Möbelhaus Carl Baum & Co.

Erbsengartenstr. 30
Kein Laden
Ständiges Lager über 100 Zimm. u. Küchen

Billige Pfingst-Angebote

in allen Abteilungen.

Sportsöckchen		65 ⁷ 50 ⁷	Paar
für Damen, weiß und farbig			
Sport-Pullover		4.50 3.90	Stück
ohne Arm, für Damen und Herren, reine Wolle			
Sport-Pullover		2.95 2.25	Stück
f. Knaben u. Mädchen, reine Wolle, mod. Melangen Größe 1			
Taghemden		1.75 1.15	Stück
mit Valenciennes- oder Handklöppelspitze			
Nachthemden		1.95 1.50	Stück
in weiß, mit Klöppelspitze oder farbiger Blende			
Hemd hosen		2.75 1.75	Stück
in weiß oder farbig, mit Valenciennes- oder Klöppelspitze			
Schlafanzüge		4.95 3.50	Stück
aus farbigem Batist, mit langem Arm			
Bademäntel		9.75 6.75	Stück
für Damen und Herren, moderne Muster			
Badeanzüge		3.00 1.75	Stück
solide Qualitäten, moderne Muster			
Dam.-Handschuhe		1.75 1.25	Paar
kunstseiden Charmeuse, mod. Schlupfform, eleg. verziert			
Schlupfhosen		1.55 1.10	Paar
Kunstseide mit doppelt. Zwickel, in best. Verarbeit. Gr. 42-48			
Damen-Strümpfe		1.65 1.35	Paar
feinmasch. künstl. Waschseide, Zehenverstärk. u. Spitzferse			
H'Schillerhemden		3.90 2.95	Stück
weiß Panama			
H'Oberhemden		5.90 4.90	Stück
farbig Popeline, mit 1 mod. Kragen und 1 P. Ers.-Mansch			
Selbstbinder		1.45 95 ⁷	Stück
farbig, zum Teil reine Wolle			
Selbstbinder		2.25 1.75	Stück
aparte Frühjahrs-Neuheiten, reine Wolle, volle Form			
Damen-Kappen		3.90 2.50	Stück
moderne Farben			
Damen-Hüte		3.50 2.50	Stück
moderne Geflechte			
Gartenkleider		4.50 2.75	Stück
waschbar			
Spielanzüge		1.95 1.45	Stück
für 1-jähriges Kind			

Der große Schlager gestickte Schürzen

für Kinder von 1.00 an für Damen von 1.30 an

Verkauf im Lichthof und in unserer Schürzen-Abteilung

KNOPF

Der gute Kessel-Kaffee

Zu Pfingsten die Festtags-Mischung ein besonderer Genuß!

Pfd. 1.78 2.00 2.20 2.60 2.90 3.20 3.60 4.00 4.40

Kessel-Tee . . . Pfund 4.80 5.60 6.40 7.20 8.00 10.00 usw.

Kessel-Spar-Mischung mit 25% Bohnenkaffee Pfund 1.00

Kessel-Spar-Mischung mit 40% Bohnenkaffee Pfund 1.50

Haag-Kaffee, Tee von Meßmer, Ronnefeldt, Lipton, Popoff, Raja

Hans Kessel Kaffee-Spezialgeschäft

Kaiserstr. 150
Tel. 186 u. 187